

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



READER

IX. STIPENDIATENKOLLOQUIUM DER BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

5. BIS 7. MÄRZ 2009, BERLIN

Redaktion:
Elke Neumann und Rigo Hopfenmüller, *Bundesstiftung Aufarbeitung*, Berlin 2009

Inhalt

Programm des Kolloquiums 2009	4
Evelyna SCHMIDT	6
Susanne BRAUCH	12
Tina MENKE	19
Anne-Kathrin STEINMETZ	23
Dr. Katrin LÖFFLER	27
Eyk HENZE	30
Anja HERTEL	33
Monika SIGMUND	37
Thomas GROßMANN	43
Steffi TÖPFER	46
Sebastian RICHTER	51
Dr. Nina LEONHARD	53

IX. StipendiatInnenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung

BEGINN: Donnerstag, 5. März 2009, 18 Uhr
ENDE: Samstag, 7. März 2009, ca. 14 Uhr
ORT: Geschäftsstelle der Stiftung, Kronenstraße 5, 10117 Berlin,
 Besprechungsraum 2.09, 2. Etage

DONNERSTAG, 5. MÄRZ 2009		
18:00 – 21:00		Gemeinsames Abendessen mit Mitgliedern des Vorstandes und des Fachbeirates Wissenschaft der Stiftung Aufarbeitung im Restaurant Orange in der Kronenstraße gegenüber

FREITAG, 6. MÄRZ 2009		
9:00 - 9:15		Begrüßung
9:15 - 10:15		Evelyna Schmidt : Ausbruch wider Willen. Dissoziierte Identitäten in der Prosa der DDR und der VR Polen (1968 - 1980)
10:15 – 10:45		Kaffeepause
10:45 – 12:15		Susanne Brauch & die außenpolitischen Kulturen in Polen und Tschechien, Tina Menke & die Lehrervorstellungen zum Umgang mit DDR-Geschichte sowie Anne-Kathrin Steinmetz & der Umweltschutzgedanke und seine politische Bedeutung in Ost und West
12:30 – 13:30		Mittagessen in der Mensa der Hochschule für Musik "Hanns Eisler", Eingang über Taubenstraße, Berlin-Mitte
13:30 – 14:30		Dr. Katrin Löffler und das retrospektive DDR-Bild sowie Identitätskonstruktionen in autobiographischen Texten (Habilitation)
14:30 – 14:45		Kurze Pause
14:45 – 15:45		Eyk Henze & Lyrik und Politik in der DDR sowie Anja Hertel & die politische Landschaft Wolfgang Mattheuers
15:45 – 16:15		Kaffeepause
16:15 – 17:15		Monika Sigmund : Kaffee in beiden deutschen Nachkriegsstaaten: Konsum, Diskurs, Deutung und Beziehungen
17:30 – 19:00		Abendessen beim Ukrainer gegenüber in der Kronenstraße
19:00 – 20:30		Gespräch mit einer Zeitzugin und Protagonistin des Jahres 1989: Frau Ulrike Poppe

SAMSTAG, 7. MÄRZ 2009	
10:00 – 10:30	Thomas Großmann & Fernsehen, Öffentlichkeit und friedliche Revolution
10:30 – 11:00	Kaffeepause
11:00 – 12:00	Steffi Töpfer & die sowjetischen Ehrenmale in Berlin und Wien sowie Sebastian Richter & die Deutsche Demokratische Erinnerung
12:00 – 13:00	Dr. Nina Leonhard : Integrationsprozesse infolge der deutschen Vereinigung: Die Soldaten der NVA und die Armee der Einheit (Habilitation)
13:00 – 14:00	Schlussbesprechung

Telefonische Erreichbarkeit während des Kolloquiums

Besprechungsraum 2.09, 2. Etage: **030 – 31 98 95 444**

Stiftungshandy: **0160 – 7 10 78 70**

Ausbruch wider Willen?

Wahnsinnige Grenzgänger in der Prosa der DDR und der VR Polen

von Evelyn Schmidt

Die Schuld für seine psychische Zerrüttung und den späteren Schlaganfall, der ihn bis zu seinem Freitod körperlich leiden ließ, gab der polnische Schriftsteller Aleksander Wat dem Kommunismus. Seine Erfahrungen in der Sowjetunion beschreibt er in seinen gesprochenen Erinnerungen „Jenseits von Lüge und Wahrheit. Mein Jahrhundert“. Haft und Zwangsaufenthalt bewirkten, dass er sich zum einen als gespalten wahrnahm: eine Gehirnhälfte war verrückt geworden, die andere empfand er als nüchtern und scharf beobachtend. Zum anderen erschwerten ihm nach der Gefangenschaft die Folgen des Schlaganfalls derart sein Leben, dass er trotz Medikamenten und Behandlung teilweise nicht in der Lage war, zu schreiben. Neben den von ihm beschriebenen Folgen des Kommunismus auf seine psychische und körperliche Verfassung bedient er sich des Zugriffs auf ein anderes Krankheitsbild, um die Zustände in der Sowjetunion, insbesondere die großangelegten Säuberungen in den intellektuellen Kreisen, zu versinnbildlichen und analog zu erfassen: die Pest. Die massenhaften Leichentransporte und die zunehmende Leere erinnern ihn an seine Lektüre von Daniel Defoes Erinnerungen an die Pest im London des 17. Jahrhunderts.

Die Krankheitsmetapher im weitesten Sinn war und ist noch immer ein gängiges und beliebtes Motiv in der Literatur, um mit ihrer Hilfe die Gesellschaft und das in ihr eingebettete Individuum zu vergleichen und zu diagnostizieren. Vor allem auch die Geisteskrankheiten, die darunter eingeordnet und oft als Wahnsinn beschrieben werden, sind dank ihrer Komplexität und Funktionalisierbarkeit angesichts des wechselvollen Werdegangs innerhalb des kulturgeschichtlichen Diskurses in der Literatur attraktiv. Die Kulturgeschichte zeigt, dass der abwechselnd religiös, säkularisiert, medizinisch oder moralisch verstandene Wahnsinn seinen Niederschlag in der Literatur und ihren (Anti)Helden fand. Ob nun berechtigt oder nicht als Krankheit verstanden, verweist der Wahnsinn auf die jeweils geltende Norm und seine Abweichung. Dabei ist noch nicht bestimmt, wie diese Devianz beurteilt wird. Schon die Antike zeigt, wie janusköpfig der Wahnsinn gesehen wurde, sei es als geistige Überhöhung in Gestalt der Seher oder als göttliche Strafe, mit denen einige der Homerschen Helden geschlagen waren. Doch erst mit ihrem Siegeszug versucht das Zeitalter der Vernunft, so Foucault in seinem kulturgeschichtlichen Diskurs „Wahnsinn und Gesellschaft“, den Wahnsinn als falsches Denken auszuschließen, die mittelalterliche Vorstellung vom tragischen Bewusstsein innerhalb des Wahnsinns in einer verrückten, unergründlichen Welt durch ihr kritisches Bewusstsein zu ersetzen. Im besten Fall ist dem künstlerisch veranlagten Wahnsinnigen Erhöhung zugewiesen worden. Inwieweit dem Wahnsinn, verstanden als kulturelles Konstrukt, ein positiver Nimbus anhaftet oder er der Stigmatisierung dient, hängt also, Foucault zufolge, vom jeweiligen sozialen und gesellschaftlichen Hintergrund ab und variiert dementsprechend. Eine solche Geschichte des Wahnsinns ist daher auch weit weniger eine konstante

Geschichte der Krankheit als vielmehr eine der Norm und ihrer Abweichung, der Macht, Kontrolle und Freiheit.

Der Wahnsinn, ob nun als Narrheit, irrationales und unvernünftiges Verhalten, Krankheit oder erhöhte Wahrnehmung verstanden, betrifft nicht nur das Individuum, sondern bezieht sich auch immer auf die Gesellschaft und auf deren Wechselverhältnis. Gerade das 20. Jh., vor allem die antipsychiatrische Bewegung, politisieren den Wahnsinn, um vielmehr die Gesellschaft für ihre Stigmatisierung des abweichenden Verhaltens anzuprangern oder sie gar als Verursacher zu entlarven. Roland Jaccard referiert in seiner Arbeit über den Wahnsinn, dass gemäß dieser Ansichten sämtliche Gesellschaftsformen sich negativ auf die Psyche auswirken können, dass aber totalitäre Systeme „durch ihre übermäßige Rigidität, durch den ständigen Anpassungsaufwand, den sie ihren Mitgliedern abfordern, durch ihre totalitäre Herrschaft über den einzelnen [...] für pathogener als andere gehalten werden können.“

Wie wichtig die Umerziehung zum neuen Menschen für die Realisierung des Kommunismus war, verdeutlicht Jörg Baberowski mit dem Verweis auf die stalinistische Kulturrevolution und den „Kampf um die Seelen“, bei dem Barbaren unter dem Primat des „schlechthin Vernünftigen“ zu neuen Menschen herangezüchtet werden sollten, „wenn sich die Umwelt, in der sich diese Menschen bewegten, in eine Disziplinierungsmaschine verwandelte“. Schon Marx verwies auf Rousseau und darauf, dass mit der konsequenten Erbauung eines neuen Gesellschaftssystems auch die menschliche Psyche umerzogen werden muss. Ganz in der Tradition der Aufklärung und in dem Glauben, dass die Vernunft der einzige Maßstab ist, liege es am Menschen selbst mit Hilfe seines Willens aus seiner Unmündigkeit auszubrechen. Innerhalb des totalen Anspruchs wurde selbst vor so drastischen Maßnahmen wie der Zwangshospitalisierung nicht halt gemacht, um abweichendes, nonkonformistisches Verhalten zu pathologisieren, wie der Fall Gregorienko in der Ukraine zeigt. Welche Auswirkungen die Betroffenen selbst erfahren haben mögen, davon kann allein schon die Literatur als kulturelles Produkt eine Vorstellung geben, die den Versuch der absoluten Kontrolle auf die Psyche thematisierte, so Witkacys „Unersättlichkeit“, George Orwells „1984“ oder Ken Kesey's „Einer flog über das Kuckucksnest“.

Ausgehend von der Sowjetunion verallgemeinert und charakterisiert Aleksander Wat den Kommunismus als Usurpator des Individuums und seiner psychischen Kondition. Als Feind des inneren Menschen betreibt er eine „pieriekowka“, wie Wat es selbst oftmals auf russisch bezeichnet, d.h. die „Umschmiedung“ der Seele. Den Unterschied zwischen dem kommunistischen Anspruch der Umerziehung und den Praktiken früherer Tyrannen sieht er darin, nicht nur die Missetaten zu maskieren und die menschlichen Bedürfnisse zu kanalisieren, sondern sie vielmehr zu negieren und den Glauben trotz paradoxer Realität zu erzwingen. Zweifellos unterschied sich der praktizierte Kommunismus in der Sowjetunion vom „Realsozialismus“ einer DDR oder VR Polen, doch der sich auf die Vernunft berufene Anspruch einen sozialistischen Menschen mit den Mitteln der Disziplinierung und Kontrolle zu formen, der einer Tabula rasa gleich seine Vergangenheit verwirft, wurde auch dort mehr oder minder konsequent erhoben. Dass die Literatur mit dieser Kulturpolitik konfrontiert wurde und darauf reagierte, verdeutlichen ihre Texte. Innerhalb der Identitätsproblematik insbesondere ab den 1970er Jahren entstand eine Prosa, die sich des komplexen Topos Wahnsinn be-

diente, um der Frage nach den Umerziehungsmöglichkeiten des Individuums, seinem Innenleben in Hinblick auf den „Realsozialismus“ in seinem potentiell totalen Gehalt nachzugehen. Eine solche Literatur, bisher kaum beachtet, ist Gegenstand dieser Dissertation. Sie grenzt sich von derjenigen ab, in der die Identitätskrise von bewusst agierenden Individuen bewältigt wird. Nicht die literarischen Figuren, die sich in ihrer (wohlwollend) kritischen oder negierenden Auseinandersetzung und ihrem inneren Dilemma bewusst für oder gegen die herrschende Norm entscheiden, stehen im Zentrum, sondern die vermeintlich angepassten Durchschnittsbürger, die trotz ihres guten Willens in einem bestimmten Moment nicht mehr in die Norm passen und der Auffassung sowohl vom neuen sozialistischen Menschen als auch von der eines Doppellebens bei gleichzeitiger Identitätsbewahrung eine Absage erteilen. Schon in den 1950er Jahren unterzog der polnische Nobelpreisträger Czesław Miłosz im „Verführten Denken“ die Psyche in den so genannten Volksdemokratien einer Analyse. Er führte den Begriff „ketman“ ein, dessen Beschreibung er in den Aufzeichnungen Gobineaus über die islamisch geprägte Zivilisation im Nahen Osten fand. Hinter dieser Bezeichnung versteckt sich eine im muslimischen Osten weit verbreitete und sogar institutionalisierte Haltung, mit Hilfe von Verhüllungspraktiken nach außen hin im öffentlichen Raum Loyalität zu spielen, um gleichzeitig im Inneren die eigene Integrität zu bewahren. Miłosz zufolge war die Ähnlichkeit des praktizierten „ketman“ im Nahen Osten und der Verstellung in den „Ländern des Neuen Glaubens“ so augenfällig, dass er es für absolut lohnenswert hielt, sie näher zu untersuchen. Jahrzehnte später bezeichnete Antonia Grunenberg in ihrer soziologischen Studie ein ähnliches Verhalten in Bezug auf die DDR-Bevölkerung als „ritualisierte Schizophrenie“.

Aber eben nicht diese Dualität prägt die Figuren in den literarischen Texten, die untersucht werden sollen. Ihr Wahnsinn – also ihre Persönlichkeitsspaltung, ihr Verfolgungswahn oder ihre Melancholie – speist sich aus dem Durchbruch des Inneren nach außen und umgekehrt sowie der Vermischung von Innen- und Außenwelt. Die in den Texten räumlich erfahrene, äußere Grenze wird mit dem Wahnsinn übertreten. Denn dort, so Foucault, „wo das normale Individuum die Erfahrung eines Widerspruchs macht, macht der Kranke eine widersprüchliche Erfahrung.“ Ihr derart literarisch gestalteter Grenzgang bzw. Übertritt hat innerhalb des Normdiskurses auch ihre Ausgrenzung aus den, wie es Foucault verallgemeinerte, Bereichen Produktion, Familie und Gesellschaft zur Folge. Die Machthabenden geißeln die Devianz vom Standpunkt der Vernunft und isolieren den Stigmatisierten, grenzen ihn aus oder sperren ihn ein.

In kafkaesker Manier tritt bei Klaus Schlesinger ein innerlich zerrissener Angestellter auf, der den Riss durch das Land so verinnerlicht, dass er sich vor einem vermeintlichen Tribunal ob seiner Spaltung, die als sein Verschulden gilt, rechtfertigen muss. Ulrich Plenzdorfs Paul wandelt sich vom sozialistisch vorbildlichen Prometheus in einen Triebmenschen, der, in der Deutung Marcuses, sich gänzlich dem Eros hingibt, dadurch die Angst der ihm wohlgesonnenen Mitmenschen vor einer möglichen Einlieferung in die „Irrenanstalt“ Herzberge in Ostberlin hervorruft und letzten Endes keinen Platz mehr in der sozialistischen Gesellschaft findet. Bernd Wagners Protagonist tötet in einem Verfolgungswahn seine Verfolger. Erich Köhlers Kultursekretär erfährt eine Mutation am Kopf, die ihn notgedrungen dazu befähigt, seine

Umwelt mit erhöhter Wahrnehmung zu fixieren. Jerzy Andrzejewskis Marian Konieczny und Jerzy Krzysztos Reporter landen aufgrund ihrer Paranoia in einer Irrenanstalt. Jerzy Broszkiewicz's moderner Faustus verfällt trotz Teufelspakt im „Realsozialismus“ einer schweren Melancholie.

Verschieden ist die jeweilige literarische Konstruktion des Wahnsinns, also der mentalen Normabweichungen. Was sich jedoch nicht unterscheidet, ist die Rolle der normgebenden Umwelt, die ihn hervorruft. Sie, genauer ihre totalen Normansprüche, bewirken den Wahnsinn der Figuren. Teils verinnerlichen die literarischen Figuren in ihren schizophren-paranoiden Wahnvorstellungen, was dem dargestellten System immanent ist. In „Masse und Macht“ bezeichnet Elias Canetti gerade die Paranoia als eine Krankheit der Macht. Der Paranoiker lasse sich nicht täuschen. „Der Paranoiker fühlt sich umstellt. Sein Hauptfeind wird sich nie damit begnügen, ihn allein anzugreifen. Er wird immer eine gehässige Meute gegen ihn aufzuregen suchen und sie im richtigen Augenblick auf ihn loslassen. Die zur Meute Gehörigen halten sich erst versteckt, sie können überall sein. Sie stellen sich harmlos und unschuldig, als wüßten sie nicht, worauf sie lauern. Aber die durchdringende Geisteskraft des Paranoikers vermag es, sie zu entlarven.“ Der „Realsozialismus“ scheint prädestiniert, die paranoide Wahrnehmung auf beiden Seiten des Machtverhältnisses zu fördern, als Krankheit der Macht und als seine Verinnerlichung durch die Figuren. Auf sie trifft zu, was Hannah Arendt in ihrer Analyse des Einflusses totaler Herrschaftsstrukturen herausarbeitete – Denunziantentum, Verfolgungswahn und Misstrauen allen gegenüber. In anderen Texten verursacht die als unreal wahrgenommene Realität, die Umkehrung der Werte und ihre Kommunikationsvermittlung, die Paradoxie nicht nur der Theorie und ihrer praktischen Umsetzung, sondern der ihn ihr liegende Widerspruch selbst, die Ich-Dissoziation, wenn nicht gar Persönlichkeitsspaltung. Bei dem polnischen Autor Kazimierz Brandys heißt es, dass die literarische Gestalt das „Zwiedenken“ derart in sich austrug, dass sie zwischen dem historischen Imperativ und der Selbsterfüllung, zwischen Glauben und Selbstbetrug schwankte und darauf mit Persönlichkeitsspaltung reagierte. Vom Widerspruch zwischen sozialistischer Pflicht und Norm und der Selbstverwirklichung zeugen diejenigen literarischen Figuren, die in eine andere Form des Wahnsinns, in die Melancholie verfallen.

All die Wahnsinnsformen in der Prosa der DDR sowie der VR Polen eint, sei es in ihrem Aus- oder Zusammenbruch, die Kritik an der Verwirklichung eines Kommunismus, den der Philosoph Leszek Kołakowski als institutionellen beschreibt. Möglicherweise aber weisen sie darüber hinaus auf den utopischen Gehalt des Marxismus und im Rahmen der *conditio humana* trotz all der Bemühungen auf die Unmöglichkeit seiner Realisierung.

Kurzbiographie

Evelyna Schmidt, 1978 in Berlin geboren, schloss ihr Studium der Neueren deutschen Literatur und Polonistik neben Studienaufenthalten in Warschau, London und Barcelona an der Humboldt-Universität zu Berlin ab. Nach Studienabschluss war sie für ein Jahr als DAAD-Sprachassistentin an der Germanistik der Universität Wrocław tätig. Seit 2006 ist sie Dokto-

randin von Prof. Marek Zybura, der den Lehrstuhl für Germanistik am Willy-Brandt-Zentrum in Wrocław leitet.

Arbeitsgliederung

Meine Dissertation setzt sich aus fünf thematischen Schwerpunkten und folgender Gliederung zusammen:

Arbeitstitel: Ausbruch/Grenzgänger wider Willen? Wahnsinnige Grenzgänger in der Prosa der DDR und der VR Polen

Einleitung

1. Normierte und deviante Gestalten in der Literatur

- Norm- und Normabweichung in der Literatur
- Identitätsproblematik in der Literatur der DDR und der VR Polen
- Forschungsstand und methodischer Ansatz

Hauptteil

2. Der Krankheitsbegriff in der Literatur

- Der Krankheitsbegriff innerhalb des Normdiskurses
- Dissoziation, Wahnsinn und Krankheit
- Vernunft/Norm vs. Wahnsinn/Devianz

3. Dissoziierte Identitäten

- Bestimmung und Charakterisierung von dissoziierten Identitäten
- Erarbeitung des literarischen Grenzgängers
- Figurenmodelle anhand von Beispielen aus der Prosa der DDR und der VR Polen
- Fallbeispiele
- Vergleich

4. Realsozialismus und die Leiden des „neuen Menschen“

- „Ritualisierte Schizophrenie“, Ketman oder das „Entrückte Ich“
- „Mensch ohne Alternative“
- Literarische Grenzgänger als Medium des Systems
- Elemente totaler Herrschaftsstrukturen
- Wahnsinn in der Literatur der BRD und der DDR/VR Polen: ein kontrastiver Vergleich

Fazit

5. Diesseits oder Jenseits der Utopie

- Pathologisierung des Systems
- Wahnsinn als Reaktion und Ausbruch
- Der innere Grenzgang als subversives Element
- Intentio operis vs. Autor
- Systemkritik oder Utopieabsage?

Außenpolitische Kulturen in Polen und Tschechien: Gemeinsamkeiten und Unterschiede der EU-Bilder der politischen Akteure und der Gesellschaften

von Susanne Brauch

Seit dem 1. Mai 2004 sind die Polnische Republik und die Tschechische Republik Mitglieder der Europäischen Union. Anlässlich des Festaktes hieß es dazu immer wieder, dass erst jetzt die Nachkriegsordnung von Jalta endgültig überwunden sei. Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme war in beiden Ländern der Slogan von der „Rückkehr nach Europa“ ein geflügeltes Wort unter Politikern und innerhalb der Bevölkerungen Ausdruck für die unterschiedlichsten Hoffnungen, Wünsche und Vorstellungen, die durch die Mitgliedschaft in der EU erfüllt würden. Gegenstand der Dissertation ist ein Vergleich der vorherrschenden außenpolitischen Kulturen gegenüber der Europäischen Union in der Polnischen und der Tschechischen Republik. Hierbei interessieren Gemeinsamkeiten und Unterschiede und welche politischen Implikationen sich daraus ableiten lassen. Die klassische Definition der politischen Kultur nach Almond und Verba wird auf das Politikfeld Außenpolitik bezogen und erfährt dadurch eine Erweiterung. Außenpolitische Kultur wird hier in Anlehnung an Maull als Einstellungen und Wertorientierungen einer staatlich verfassten Gesellschaft zu ihrer außenpolitischen Identität sowie als stabile Einstellungsmuster der Bevölkerung gegenüber außenpolitischen Objekten definiert (Almond/Verba 1963: 13, Maull 2001: 648). Das „außenpolitische Objekt“ stellt in diesem Fall die EU dar. Die Definition ermöglicht es, die kollektiven Identitäten in den Ländern zu fassen und darüber hinaus quantitative Daten zu verschiedenen Arten der politischen Orientierung in die Analyse einzubeziehen. Als Elemente dieser außenpolitischen Kulturen können mehrdimensionale EU-Bilder begriffen werden. EU-Bilder werden hierbei als stabile, aus verschiedenen kognitiven und affektiven Komponenten bestehende Vorstellungen über die EU und politische Konzepte definiert. Diese Bilder deuten eine politische Situation und geben durch die Zielvorstellung Handlungsorientierung (vgl. Klunkert, Eckertová 1996: 13).

Seit den 1990er Jahren gibt es eine stetig wachsende Zahl von Außenpolitikanalysen, die anhand konstruktivistischer Ansätze aufzeigen wie Kultur die Identität, Interessen und letztlich die Handlungen von politischen Akteuren prägen. Einer außenpolitischen Identität kann nur dann Einfluss auf die Außenpolitik eines Staates zugeschrieben werden, wenn davon ausgegangen wird, dass diese nicht von quasi objektiven nationalen Interessen bestimmt wird, wie beispielsweise im klassischen Realismus aus den Gegebenheiten des anarchischen Staatensystems, das „Innenleben“ eines Staates sei für die Formulierung der Außenpolitik vernachlässigbar (vgl. Schörnig 2006: 71). Da es bei der Analyse außenpolitischer Kultur um die außenpolitische Identität der Gesellschaft geht, spielen Ideen über das Selbstbild der Gesellschaft im internationalen Kontext und das was als Wirklichkeit angenommen wird, eine entscheidende Rolle. Daraus lässt sich erklären wie Akteure ihre innen- und außenpolitische Umwelt wahrnehmen und welche Konsequenzen sie daraus für die eigene Interessendefinition und Handlungspräferenzen ziehen (vgl. Risse 2007: 50). Der Zusammen-

hang zwischen gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Außenpolitik wird deutlich, da außenpolitische Interessen besonders in Demokratien über den politischen Willensbildungsprozess definiert werden, dem die in einer Gesellschaft vorherrschenden Werte und Normen zu Grunde liegen (Maull 2001: 648). Die Annahme, dass Werte und Einstellungsmuster politisches Handeln prägen, findet sich innerhalb des Konstruktivismus und der politischen Kulturforschung, weshalb diese beiden Ansätze den theoretischen Rahmen der Arbeit bilden. (vgl. Jetschke/Liese 1998: 149ff).

Für die EU sind die außenpolitischen Kulturen der beiden Mitgliedsstaaten von Wichtigkeit, da Polen mit seinen 40 Millionen Einwohnern großen politischen Einfluss geltend machen kann und für sich teilweise eine Führungsrolle in Mittelosteuropa reklamiert. Tschechien dagegen ist aufgrund der vergleichsweise politischen Stabilität und vor allem wegen der wirtschaftlichen Leistungskraft ein bedeutender Staat in dieser Region. Wie die politischen Diskussionen beispielsweise um die Präambel der europäischen Verfassung, die Haltung der polnischen Regierung während der Verhandlungen über das Partnerschaftsabkommen mit Russland 2006 oder die anhaltende Skepsis des tschechischen Präsidenten und einiger Vertreter der ODS zeigen, besteht in beiden Ländern hohes Blockadepotential. Dies unterscheidet bisher Tschechien und Polen deutlich von den anderen neuen mitteleuropäischen Mitgliedsstaaten. Speziell aus deutscher Sicht handelt es sich um ein interessantes Thema, da in beiden Ländern die historischen Konflikte mit Deutschland und den bis 1946 in polnischen und tschechischen Gebieten lebenden Deutschen ein zentrales Element der jeweiligen EU-Bilder ausmacht (vgl. Weichsel 2006: 32).

Es gibt wesentliche Gemeinsamkeiten zwischen den Ländern, die für die außenpolitischen Kulturen prägend sind. Hierzu gehört, dass beide Länder nach Kriegsende hinter dem „Eisernen Vorhang“ verschwanden und dadurch von den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen abgeschnitten wurden, die sich in Westeuropa vollzogen. Beide Staaten teilen die Erfahrungen des Kommunismus und des Systemwechsels von 1989, wobei die Entwicklungen und Verläufe jeweils sehr unterschiedlich waren. Ebenfalls prägend für die EU-Bilder war und ist das wechselvolle Verhältnis zu Deutschland. Weiter zurück in der Vergangenheit liegt die politische Zugehörigkeit Tschechiens zu Österreich-Ungarn und Polens zu Preußen, Russland und Österreich-Ungarn, was mit einer im Vergleich zum westlichen Europa verspäteten Nationalstaatlichkeit einhergeht (vgl. Schmale 2008: 25). Dabei bestimmen ganz wesentlich die Vorstellungen von Staat und Nation die aktuellen EU-Bilder.

Hingegen können auch bedeutende Unterschiede zwischen den Ländern konstatiert werden. Die kollektiven Selbstbilder unterscheiden sich bereits stark in der räumlichen Orientierung. Während in Tschechien die Metapher „das Herz Europas“ zu sein, die zentrale geographische Lage und auch die zentrale europäische Bedeutung des Landes in der Selbstwahrnehmung widerspiegelt, stellt sich für Polen die Frage nach der Selbstverortung zwischen „Zentrum oder Peripherie“ (Holzer 1996: 88). Dies hängt mit der Grenzlage Polens und mit den historisch engen Beziehungen zu den Nachbarn Weißrussland und Ukraine zusammen. Ein weiteres Differenzierungsmerkmal der außenpolitischen Kulturen ist die starke Abgrenzung zu Russland in Polen. Auch scheint es plausibel zu sein, von einem viel stärker religiös

geprägten Europabild der Polen im Vergleich zu den Tschechen auszugehen (vgl. Krasnodedski 1993: 269; Domnitz 2008: 66). Während im tschechischen Europabild Religion nur eine Rolle als gesamteuropäischer Bezugspunkt spielt, scheint dies für Polen ganz anders gelagert zu sein.

Werden die Umfragedaten zur Einstellung gegenüber der EU-Mitgliedschaft des Landes betrachtet, offenbaren sich weitere deutliche Unterschiede. Während in Polen über 70 Prozent die Mitgliedschaft ihres Landes befürworten, hat sich in Tschechien zwischen Befürwortern und Unentschlossenen ein tiefer Graben entwickelt, und die Zustimmungsrate liegt lediglich bei 45 Prozent (vgl. Europäische Kommission 2007: 80). Diese Themen dienen als Matrix, anhand derer die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der außenpolitischen Kulturen und deren handlungsleitende Wirkung herausgearbeitet werden.

Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede weisen die außenpolitischen Kulturen in Polen und Tschechien auf? Welche politischen und wirtschaftlichen Beitrittsargumente sind zu erkennen und welchen Stellenwert haben sie im Vergleich zu den kulturellen Motiven in der Beitrittsbegründung? Welche Bedeutung nehmen politische Traditionen und historische Beziehungen für die aktuellen Vorstellungen von der Europäischen Union ein?

Zur Darstellung der außenpolitischen Kulturen und deren politische Implikationen wurden die folgenden Hypothesen abgeleitet:

Hypothese 1

Für beide Länder lässt sich die Hypothese formulieren, dass die außenpolitischen Kulturen der politischen Eliten nicht mit den außenpolitischen Kulturen der Bevölkerungen übereinstimmen. Bei der Parlamentswahl 2007 in Polen zeigte sich, dass die in der Gesellschaft vorherrschenden pro-europäischen Einstellungsmuster sehr stark von den durch die Regierungsparteien kreierten kritischen Vorstellungen abwichen. Der Wunsch der tschechischen Bevölkerung nach einer schnellen Integration in die EU einerseits und das EU-kritische Auftreten des langjährigen Ministerpräsidenten und heutigen Präsidenten Václav Klaus andererseits bilden einen Widerspruch.

Hypothese 2

In Anlehnung an die politische Kulturforschung wird die Hypothese übertragen, dass die oben beschriebene Inkongruenz zwischen politischen Eliten und Bevölkerung die Stabilität des politischen Systems auf längere Zeit herausfordert. Die Instabilität drückt sich bezogen auf die Europapolitik in einem deutlichen Kurswechsel aus, wenn die Regierungsverantwortung von einer Partei zu einer anderen übergeht. Die mangelnde Übereinstimmung zwischen Repräsentierten und Repräsentanten ist nicht nur aus demokratietheoretischer Sicht problematisch, sondern wirft auch eine neue Perspektive auf die demokratische Konsolidierung der beiden Länder.

Hypothese 3

Aus der Beobachtung der Europapolitik der beiden Staaten seit dem Beitritt 2004 wird die Hypothese abgeleitet, dass die dominanten außenpolitischen Kulturen der politischen Eliten Besonderheiten wie etwa die proklamierte Wunschvorstellung eines „Europas der Vaterländer“ (Faraldo 2008: 18) aufweisen, die schwer in Einklang zu bringen sind mit den Zielset-

zungen der EU. Zukünftige Konflikte auf politischer Ebene scheinen daher vorprogrammiert zu sein. Gerade in Hinblick auf die politischen Eliten stellt sich die Frage, ob diese Besonderheiten generelle Geltung haben?

Hypothese 4

Vor dem Hintergrund des Verhaltens der aktuellen politischen Klasse lässt sich die Hypothese formulieren, dass die Europabilder der Dissidenten-Eliten sich vom normativen Gehalt her substantiell von denen der „professionellen“ politischen Eliten unterscheiden (Brokl/Mansfeldová 1992: 165). Für die Nachwende-Eliten ist die EU durch ein eher instrumentelles Verständnis geprägt und die affektive Bindung vergleichsweise bedeutungslos.

Die Analyse der außenpolitischen Kulturen erfolgt auf den Untersuchungsebenen der außenpolitischen Eliten und der Bevölkerungen.

1. Ebene

Außenpolitische Kultur ist eine Eigenschaft von Kollektiven, die aus der Interaktion mit Personen und gesellschaftlichen Institutionen entsteht. In diesem Entwicklungsprozess wird den politischen Eliten eines Landes besondere Bedeutung beigemessen. In ihrer Funktion als Sinnproduzenten prägen sie die außenpolitische Kultur eines Kollektivs durch ihre exponierte Rolle im Prozess der vertikalen politischen Sozialisation. Die dominante politische Kultur kann demnach als ein Zusammenspiel zwischen traditionellen Überzeugungssystemen der Gesellschaftsmitglieder und dem Angebot an gesellschaftspolitischen Deutungsmustern der Eliten verstanden werden (vgl. Kaase 1983: 153ff). Als Vertreter der politischen Elite gelten hier insbesondere die Staatspräsidenten, Ministerpräsidenten, Außenminister und Verteidigungsminister. Indem die Regierungsparteien bzw. ihre Repräsentanten mit ihrer Programmatik Weichen für die Integrationspolitik gegenüber der EU stellen, sind sie die entscheidenden Akteure während des Heranführungsprozesses. Zusätzlich gelten Parteien als Institutionen der politischen Willensbildung, daher werden die parteipolitischen Positionen ebenfalls analysiert.

Bis 1989 prägten auf Grund der staatlichen Zensur nur die offiziellen kommunistischen Vorstellungen über Europa den öffentlichen Raum. Allerdings wurden durch Samisdat-Publikationen im oppositionellen Umfeld alternative kulturelle und politische Deutungsmuster einer Teilöffentlichkeit angeboten. Innerhalb der Ebene der politischen Klasse wird deshalb zwischen den „unprofessionellen“ politischen Eliten, wie der Kreis aus hauptsächlich ehemaligen Dissidenten genannt wird, und den „professionellen“ politischen Eliten unterschieden. Zu den „unprofessionellen“ Politikern gehören in Tschechien beispielsweise der langjährige Präsident Vaclav Havel, der amtierende Außenminister Schwarzenberg sowie der neue Minister für Menschenrechte und Minderheiten Michal Kocáb. Sie zeichnen sich durch ein Politikverständnis aus, das einen hohen normativen Anspruch erhebt und auf die Stärkung der Zivilgesellschaft setzt.

2. Ebene

Die außenpolitische Kultur innerhalb einer Gesellschaft ist für das außenpolitische Verhalten eines Staates von grundlegender Bedeutung. Nationale Identitätsvorstellungen konstituieren

außenpolitisches Handeln indem sie den Rahmen dessen abstecken, was als möglich und vorstellbar gehalten wird (Risse 2007: 52). Die Frage nach der Kongruenz der außenpolitischen Kultur der Eliten und der Bevölkerung ist für den Wandel an Denkbildern entscheidend, da „gesellschaftliche Akteure bei der Verdrängung alter und der Etablierung neuer Ideen eine wichtige Rolle als Ideengeber, Mediatoren und Manipulatoren des Politikdiskurses spielen“ (Harnisch 2002: 27). Als einflussreiche gesellschaftliche Akteure und Multiplikatoren sollen dann zusätzlich verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen und herausragende Intellektuelle betrachtet werden.

Zur Differenzierung der außenpolitischen Kultur gegenüber der Europäischen Union bieten sich politische Auseinandersetzungen um die Verfassung für Europa beziehungsweise den Lissabon-Vertrag an. Dabei handelt es sich um ein konkretes Feld an dem die vor dem Beitritt bekundeten Visionen von der Finalität der EU und das spätere Handeln in den Auseinandersetzungen miteinander verglichen werden können. Weiterhin definiert die EU in diesen Dokumenten ihre zukünftige Gestalt und Rolle sowie ihre Werte und Normen. In dieser Debatte lässt sich auch ablesen, welche Rolle die beiden Länder künftig einnehmen wollen. Dies richtet sich vor allem auf die Standpunkte gegenüber Maßnahmen der politischen Vertiefung. In diesen Haltungen wird auch klar, welche Rolle der Europäischen Union seitens der Akteure im internationalen System zugewiesen wird.

Der Zeitraum der Darstellung beginnt mit dem Systemwechsel 1989 und erstreckt sich von dort bis zum Jahr der Fertigstellung der Arbeit. Da es sich dabei um einen relativ langen Zeitraum handelt, wird ein besonderes Augenmerk jeweils auf verschiedenen Phasen liegen. Die Zeit unmittelbar nach der Transition, die Spanne seit der Konkretisierung der Beitrittsperspektive und besonders seit der Mitgliedschaft 2004.

Um der methodischen Herausforderung zu begegnen, wird auf einen Methodenmix, der qualitative Inhaltsanalysen, leitfadengestützte Experteninterviews und quantitative Methoden der empirischen Sozialforschung miteinander verbindet, zurückgegriffen. Um sich der außenpolitischen Kultur der Eliten anzunähern, wird auf politische Reden, außenpolitische Grundsatzdokumente und Parteiprogramme zurückgegriffen, die mittels kategoriengeleiteter Inhaltsanalyse ausgewertet werden. Daneben bieten sich für die tiefere Erfassung der Einstellungsmuster Expertengespräche mit Inhabern zentraler politischer Rollen an. Neben Daten aus repräsentativen Umfragen zur Einstellung der Bevölkerung sollen auch zu dieser Untersuchungsebene Experten befragt werden. Dieses Vorgehen bietet sich an, um Erklärungen und Interpretationen zu den Umfragedaten zu erhalten.

Kurzbiographie

Susanne Brauch, geboren 1981, studierte von 2001 bis 2007 Diplom-Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen an der Universität Koblenz-Landau. Nach dem Grundstudium besuchte sie für ein Semester die Karls-Universität in Prag. Dort begeisterte sie sich für die Geschichte, Kultur und Politik der mitteleuropäischen Länder. Die Dissertation baut auf ihrer Diplomarbeit über die außenpolitische Kultur in Tschechien auf.

Vorläufige Gliederung der Dissertation

1. Einleitung
2. Der theoretische Rahmen der Arbeit
 - 2.1 Die konstruktivistische Perspektive in den Internationalen Beziehungen
 - 2.2 Der empirisch-analytische Ansatz der politischen Kulturforschung
 - 2.3 Der historisch-hermeneutische Ansatz der politischen Kulturforschung
3. Der methodische Zugang der Arbeit
 - 3.1 Die qualitative Inhaltsanalyse als sozialwissenschaftliche Methode
 - 3.2 Das Experteninterview als sozialwissenschaftliche Methode
 - 3.3 Methoden der quantitativen empirischen Sozialforschung
4. Die Grundlagen der außenpolitischen Kulturen
 - 4.1 Politische Geschichte Polens
 - 4.2 Das polnische außenpolitische Selbstbild: Zentrum oder Peripherie?
 - 4.3 Politische Kultur in Polen
 - 4.4 Der Faktor Deutschland in der polnischen Wahrnehmung der EU
 - 4.5 Rechtliche und politische Rahmenbedingungen der polnischen Außenpolitik
 - 4.6 Politische Geschichte Tschechiens
 - 4.7 Das tschechische außenpolitische Selbstbild: Das Herz Europas?
 - 4.8 Politische Kultur in Tschechien
 - 4.9 Der Faktor Deutschland in der tschechischen Wahrnehmung der EU
 - 4.10 Rechtliche und politische Rahmenbedingungen der tschechischen Außenpolitik
 - 4.11 Kapitelzusammenfassung: Gemeinsamkeiten und Unterschiede
5. Die außenpolitischen Kulturen der politischen Eliten
 - 5.1 Polen und die EU: Ein Abriss über die bilateralen Beziehungen
 - 5.2 Politische Eliten in Polen
 - 5.3 Die EU-Bilder der „unprofessionellen“ Eliten
 - 5.4 Die EU-Bilder der professionellen politischen Eliten
 - 5.5 Politische Wirkung der EU-Bilder
 - 5.6 Tschechien und die EU: Ein Abriss über die bilateralen Beziehungen
 - 5.7 Politische Eliten in Tschechien
 - 5.8 Die EU-Bilder der tschechischen „unprofessionellen“ Eliten
 - 5.9 Die EU-Bilder der professionellen politischen Eliten
 - 5.10 Politische Wirkung der EU-Bilder
 - 5.11 Kapitelzusammenfassung und Vergleich der Eliten-Positionen
6. Die außenpolitischen Kulturen der polnischen und tschechischen Gesellschaften
 - 6.1 Kognitive Orientierungen gegenüber der EU

6.2 Affektive Orientierungen gegenüber der EU

6.2.1 Affektive Orientierungen zur politischen Ordnung

6.2.2 Affektive Orientierungen zur politischen Gemeinschaft

6.3 Normative Orientierungen gegenüber der EU

6.4 Evaluative Orientierungen gegenüber der EU

6.5 Konative Orientierungen gegenüber der EU

6.6 Zivilgesellschaft, Intellektuelle und EU

6.7 Kapitelzusammenfassung und Vergleich

7. Vergleich der außenpolitischen Kulturen der Polnischen und Tschechischen Republik

7.1 Der politischen Eliten

7.2 Der Gesellschaften

8. Fazit und Ausblick

Lehrendenvorstellungen über die DDR-Geschichte – Ein Beitrag zur Politikdidaktischen Rekonstruktion

von Tina Menke

Knapp 20 Jahre nach Überwindung der deutsch-deutschen Teilung ist die rückblickende Wahrnehmung dieses Abschnitts unserer Geschichte schwierig und von widerstreitenden Erinnerungen und Sichtweisen geprägt.

„Als Unrechtsstaat habe sie die DDR in keiner Weise wahrgenommen“, äußerte sich eine Lehrerin im Rahmen einer Untersuchung von Schröder et al. zum Thema „Das DDR-Bild von Schülern in Berlin“. Eine Vorstellung, die sie sicherlich mit einer Vielzahl von KollegInnen teilt, die jedoch bei ebenso vielen vermutlich auf vehemente Ablehnung stößt. Im Rahmen dieser Promotion aus dem Bereich der historisch-politischen Bildungsforschung sollen ebensolche DDR-Bilder von Fachlehrenden rekonstruiert werden. Hierbei wird die Renaissance der Thematik bzgl. des Diskurses um den 20. Jahrestag des Mauerfalls für die Erhebung genutzt. Von Interesse sind nicht etwa Einstellungen oder Faktenwissen. Vielmehr soll durch eine qualitative methodische Herangehensweise eine detaillierte Einsicht in die subjektiven Vorstellungs- und Sinnbildungswelten einzelner BildnerInnen gewonnen werden. Diese haben einen latenten Einfluss auf ihre Strukturierung DDR-bezogener Lehr-Lernprozesse und bestimmen, welche Gegenwartsbedeutung die Lehrenden der DDR-Geschichte geben. Die Hypothese lautet, dass das subjektive DDR-Bild Lehrender die Herangehensweise an diesen Themengegenstand im Unterricht entscheidend prägt und bei der Erfassung des Komplexes DDR-Geschichte in der Schule keinesfalls außer Acht zu lassen ist. Bislang jedoch stellen die Ansichten Lehrender in der Diskussion um die meist unzureichende schulische Behandlung der DDR-Geschichte ein Forschungsdesiderat dar.

Das Design der Arbeit ist angelehnt an das Modell der Politikdidaktischen Rekonstruktion (Dirk Lange – Adaption des Ursprungsmodells nach Ulrich Kattmann/Harald Gropengießer), welches vier Untersuchungsaufgaben umfasst: Die empirische Erfassung der Lehrendenperspektive, welche den Kern der Arbeit bildet, eine Normative Zielklärung, eine Fachliche Klärung sowie eine abschließende Didaktische Strukturierung.

Die Erfassung der Lehrendenperspektive stützt sich auf problemzentrierte Leitfadenterviews (Andreas Witzel). Interviewt werden ca. zwei Dutzend Lehrende jeden Alters und Geschlechts. Diese gliedern sich in vier Untersuchungsgruppen: Lehrende, die gebürtig aus den alten bzw. neuen Bundesländern kommen und bislang ausschließlich dort lebten und lehrten sowie Lehrende, deren Biographie privat und beruflich durch innerdeutsche Migration gekennzeichnet ist. Das gewonnene empirische Material wird zunächst einer Grobanalyse unterzogen. Die signifikanten Fälle jeder Gruppe werden daraufhin aufbereitet und erfahren eine eingehende qualitative Inhaltsanalyse (Harald Gropengießer – Adaption der Methode nach Philipp Mayring), an deren Ende abgeleitete Konzepte die jeweiligen Äußerungen querschnittartig abbilden. Die zu Interviewenden sollen über themenspezifische Lehrerfort-

bildungen, Tagungen, Kongresse, den Verband der Geschichtslehrer sowie Mundpropaganda akquiriert werden.

Die Normative Zielklärung legitimiert und artikuliert den sinngebenden Beitrag des Untersuchungsgegenstandes zu einer demokratischen Bürgerschaftsbildung. Dem fachdidaktischen Verständnis nach bietet gerade der fehlende Minimalkonsens in der Betrachtung der DDR-Geschichte die Chance, Lernenden eine förderliche Perspektivenpluralität zu eröffnen und sie somit zur Mündigkeit zu erziehen.

In der Fachlichen Klärung werden themenspezifische Vorstellungen von Wissenschaftlern und Experten an das empirische Material herangetragen und ebenfalls qualitativ analysiert. Die Konzepte werden darauf folgend denen der Lehrenden vergleichend gegenübergestellt und auf Gemeinsamkeiten, Unterschiede bzw. Widersprüchlichkeiten und Eigenheiten untersucht.

Die abschließende Didaktische Strukturierung führt die bisherigen Untersuchungsaufgaben so zusammen, dass hieraus Leitlinien des Unterrichts über die DDR-Geschichte generiert werden.

Kurzbiographie

Tina Menke, 1982 in Oldenburg geboren, studierte ab 2002 Diplom-Sozialwissenschaften an der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg. 2007 Diplomarbeit zum Thema „Schülervorstellungen und sozialwissenschaftliche Vorstellungen über die DDR – Ein Beitrag zur politikdidaktischen Rekonstruktion“. Sie ist derzeit als Lehrkraft für besondere Aufgaben im Bereich der „Politischen Bildung“ und als Wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität Oldenburg tätig.

Vorläufige Grobgliederung

- I) Inhaltsverzeichnis
- II) Abbildungsverzeichnis
- III) Tabellenverzeichnis

- 0. Vorwort
- 1. Einleitung
 - 1.1 Aufbau der Arbeit, Forschungsansatz und Erkenntnisinteresse

- Teil I
- 2. Das Modell der Politikdidaktischen Rekonstruktion
 - 2.1 Das Grundmodell nach Kattmann und Gropengießer
 - 2.2 Die Adaption des Modells durch die Politikwissenschaft und seine vier Untersuchungsaufgaben:
 - 2.2.1 Normative Zielklärung
 - 2.2.2 Erfassen der Lernerperspektive
 - 2.2.3 Fachliche Klärung
 - 2.2.4 Didaktische Strukturierung
 - 2.3 Übertragung des Modells auf Lehrendenvorstellungen

- 3. Allgemeine fachliche Einführung
 - 3.1 Der Forschungsstand zur DDR-Geschichte im Unterricht und in der historisch-politischen Bildung
 - 3.1.1 Zur Studie von Ulrich Arnswald et.al.
 - 3.1.2 Zur Studie von Klaus Schroeder et.al.
 - 3.1.3 Zur Dissertation „DDR-Geschichte im Unterricht – Ein geschichtsdidaktischer Beitrag zum Umgang mit deutscher Vergangenheit“ von Henry Sapparth
 - 3.1.4 ...
 - 3.1.5 Die Lehrendenvorstellungen als Forschungsdesiderat
 - 3.2 „Geschichte ist immer Vergangenheit und Gegenwart zugleich“: Der zeitgeschichtliche Aufarbeitungs- und Erinnerungsdiskurs zur DDR-Geschichte im Überblick unter besonderer Berücksichtigung des Erinnerungsjahres 2009 (Schwierigkeiten)
 - 3.2.1 ...

- 4. Zielklärung (Chancen)
 - 4.1 Historisch-politische Didaktik
 - 4.2 Legitimation des Gegenstandes für die historisch-politische Bildung: Bürgerbewusstsein, Kompetenzerwerb und „Erziehung zur Mündigkeit“

- 5. Empirie: Erhebung der subjektiven Lehrendenvorstellungen
 - 5.1 Die Besonderheiten qualitativer Forschung

- 5.2 Das Problemzentrierte Interview nach Witzel
- 5.3 Kriterien zur Auswahl der Interviewpartner: Das Sample
- 5.4 Der Interviewleitfaden
- 5.5 Zur Durchführung der Pre-Tests

- 6. Empirie: Analyse der subjektiven Lehrendenvorstellungen
 - 6.1 Die Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring und Gropengießer
 - 6.2 Interview 1 mit Lehrer „X“
 - 6.2.1 Rahmenbedingungen des Interviews
 - 6.2.2 Geordnete Aussagen
 - 6.2.3 Explikation
 - 6.2.4 Strukturierung und Abgeleitete Konzepte
 - 6.3 Interview 2 mit Lehrerin „Y“
 - 6.3.1 ...
 - 6.4 Ergebnisse: Vergleich der Lehrendenvorstellungen untereinander: Denkfiguren und DDR-Bilder
 - 6.4.1 Ost-West-Vergleich
 - 6.4.2 Allgemein

Teil II

7. Fachliche Klärung

(Auswahl der Texte noch abhängig von den Ergebnissen der Empirie)

- 7.1 Vorgehensweise bei der Fachlichen Klärung
- 7.2 Begründung der Auswahl der Quellentexte
- 7.3 Text 1
 - 7.3.1 Geordnete Aussagen
 - 7.3.2 Explikation
 - 7.3.3 Strukturierung und Abgeleitete Konzepte
- 7.4 Text 2
 - 7.4.1 ...

8. Didaktische Strukturierung

- 8.1 Vergleich der Lehrenden- und der fachlichen Konzepte
 - 8.1.1 Gemeinsamkeiten
 - 8.1.2 Unterschiede/Widersprüchlichkeiten
 - 8.1.3 Eigenheiten
- 8.2 Schlussfolgerungen und Leitlinien zur unterrichtlichen Vermittlung von DDR-Geschichte

9. Fazit, Kritischer Rückblick und Ausblick

Vom traditionellen Naturschutz zum politischen Umweltschutz. Die Entwicklung des Umweltschutzgedankens und seine politische Bedeutung – ein deutsch-deutscher Vergleich

von Anne-Kathrin Steinmetz

Der Naturschutz in Deutschland blickt auf eine über hundert Jahre währende Tradition zurück. Bereits um die Jahrhundertwende wurden erste Naturschutzvereine gegründet, die sich die Erhaltung und Pflege der Landschaft und Tierwelt zum Ziel gesetzt hatten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges setzte sich dieser Gedanke des Einsatzes für die Bewahrung der Natur in beiden Teilen Deutschlands fort. Gleichwohl sind Unterschiede in der Entwicklung zu beobachten. Während sich in Westdeutschland unterschiedliche kleinere und größere Vereine, Verbände und Gruppierungen für den Erhalt von Flora und Fauna einsetzten, waren im Osten des Landes alle am Naturschutz Interessierten im Kulturbund der DDR vereint. Als Natur- und Heimatfreunde engagierten sie sich ab 1949 innerhalb dieser staatlichen Massenorganisation.

Das Dissertationsprojekt widmet sich dem Naturschutzgedanken und der Entwicklung der Naturschutzorganisationen in den siebziger und achtziger Jahren. Nach der Veröffentlichung der „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome im März 1972 wurden auf internationaler Ebene Debatten über die Konsequenzen des stetigen ökonomischen Wachstums entfacht. Umweltschutzgruppierungen entstanden, die sich nicht nur den Erhalt der Natur, sondern auch eine Veränderung der Lebensumstände, des Denkens und Handelns der Gesellschaft zum Ziel gesetzt hatten, welche mit konkreten Forderungen an die Politik verbunden waren. Trotz der Unterschiede der politischen Systeme war diese Entwicklung in beiden deutschen Staaten zu beobachten.

Der Schwerpunkt der Dissertation liegt auf der Untersuchung der Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund der DDR und ihres Verhaltens angesichts der sich neu entwickelnden Umweltschutzdebatten und der Entstehung erster Umweltschutzgruppen unter dem Dach der Kirche. Mit der Gründung der Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) innerhalb des Kulturbundes im März 1980 reagierten die Naturschützer auf dieses veränderte Interesse an der Natur und ihrem Schutz. Das Dissertationsvorhaben untersucht die Motive für diese Gründung. Dabei wird analysiert, ob sie allein als Reaktion der Staatsführung auf die Entstehung erster Umweltschutzgruppierungen zu sehen ist.

Ebenso wird der Frage nachgegangen, ob von den Naturschützern innerhalb des Kulturbundes Kritik am staatlichen Umgang mit den auftretenden Umweltproblemen geübt wurde, ohne dabei zunächst das politische System infrage zu stellen. Dies steht im Zusammenhang mit der Frage, ob es eine Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Naturschützern und den oppositionellen Umweltschützern gegeben hat, was ein Indiz für den Verlust an Rückhalt der Staatsführung innerhalb der eigenen Massenorganisationen wäre. Damit hätten auch letztere zum politischen Umbruch beigetragen.

In der Bundesrepublik mussten sich die Naturschutzverbände ebenfalls mit einer neu entstehenden Umweltbewegung auseinandersetzen. Bürgerinitiativen sowie grüne und alternative Parteien widmeten sich den Themen, die traditionell den Naturschützern vorbehalten waren. Sie verknüpften ihren Einsatz für den Erhalt der Natur mit politischen Forderungen und Aufrufen nach grundsätzlicher Veränderung der Lebensbedingungen. Die Reaktion der Naturschützer auf die Umweltschutzgruppierungen vor allem auch nach der Gründung der Grünen im Januar 1980 als parlamentarischen Arm der Umweltbewegung soll in der Arbeit näher analysiert werden.

Haben sich die Naturschützer in die Umweltschutzgruppen und die grünen Parteien integriert und ihre Arbeit an die neuen Herausforderungen angepasst? Oder haben sie vielmehr versucht, sich von der Umweltbewegung abzugrenzen, um so ihre eigenen Ziele klarer herauszustellen?

Trotz unterschiedlicher politischer Voraussetzungen waren in beiden deutschen Staaten die Naturschützer ab Mitte der siebziger Jahre mit einer aufkommenden Umweltbewegung konfrontiert, die sie zu einer intensiven Auseinandersetzung mit ihrer Arbeit zwang.

Während sich die Umweltschützer in der Bundesrepublik in einem langen Prozess, der bis in die 90er Jahre reichte, in die politischen Strukturen integrierten, wurden die unabhängigen Umweltschutzgruppierungen in der DDR von der Staats- und Parteiführung als Feinde des Systems angesehen. Unabhängig von der jeweiligen Entwicklung war in beiden deutschen Staaten in den 80er Jahren zu verzeichnen, dass der Umweltschutz an politischer Bedeutung gewann.

Ein deutsch-deutscher Vergleich soll die Unterschiede und Gemeinsamkeiten dieser Entwicklung verdeutlichen.

Basierend auf dieser Gegenüberstellung zeigt ein Ausblick die weiteren Entwicklungen nach 1989 auf. Dabei findet die Zusammenarbeit der Umweltschützer des Kulturbundes und der Oppositionsbewegung genauso Beachtung wie das Verhältnis zwischen den ost- und westdeutschen Umweltschützern nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten.

Kurzbiographie

Anne-Kathrin Steinmetz, 1981 in Höxter geboren, studierte Neuere und Neueste Geschichte, Literaturwissenschaft und Wirtschaftspolitik in Göttingen, Lausanne und Freiburg. Ihr besonderes Forschungsinteresse gilt der Umweltgeschichte. In ihrer Magisterarbeit untersuchte sie die Umweltbewegung in der Bundesrepublik und die damit verbundene Gründung der Grünen. Ihre Dissertation wird von Prof. Dr. Hermann Wentker am Institut für Zeitgeschichte betreut.

VORLÄUFIGE GLIEDERUNG

Teil I: Fragestellung und Methodik

1. Einleitung
2. Literaturüberblick
3. Fragestellung und Methodik

Teil II: Umweltprobleme und Gesetzgebung in beiden deutschen Staaten nach 1945

1. Rahmenbedingungen in Ost- und Westdeutschland
 - 1.1 Politische Rahmenbedingungen (Umweltgesetzgebung und ministerielle Zuständigkeiten)
 - 1.2 Umweltprobleme
2. Naturschutzverbände und -organisationen nach 1945
 - 2.1 DDR
 - 2.2 Bundesrepublik

Teil III: Der Naturschutz innerhalb der Massenorganisationen der DDR

1. Die Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund
 - 1.1 Aufbau und Organisation
 - 1.2 Aktivitäten bis 1972
 - 1.3 Reaktionen auf die Veröffentlichung des Berichtes des Club of Rome und die UN-Umweltkonferenz in Stockholm
 - 1.4 Die Natur- und Heimatfreunde nach 1972
2. Die Gesellschaft für Natur- und Umwelt (GNU)
 - 2.1 Der Weg zur Gründung
 - 2.2 Aufbau und Organisation
 - 2.3 Aktivitäten und Aktionen der GNU
 - 2.4 Die Interessengemeinschaften Stadtökologie und die Politisierung des Umweltschutzes
 - 2.5 Das Verhältnis zu den oppositionellen Umweltschutzgruppen
 - 2.6 Der Einfluss der westdeutschen Umweltschutzbewegung
3. Das Verhältnis zur Staatsführung
4. Fazit/Ergebnisse

Teil IV: Die Bundesrepublik und der Naturschutz

1. Die Naturschutzorganisationen
 - 1.1 Einige Organisationen und ihr Aufbau
 - 1.2 Ideen und Konzepte der Naturschützer
 - 1.3 Politische Haltung
 - 1.4 Reaktionen auf den Bericht des Club of Rome

- 1.5 Verhalten angesichts der aufkommenden Umweltschutzdebatten
2. Die Politisierung des Umweltschutzes
 - 2.1 Bildung erster Umweltschutzparteien
 - 2.2 Die Gründung der Grünen
 - 2.3 Der Umgang der Naturschützer mit der Parteigründung
 - 2.4 Weitere Entwicklungen in den achtziger Jahren
3. Fazit/Ergebnisse

Teil V: Vergleichende Betrachtungen

1. Wechselwirkungen und Beziehungen
2. Gemeinsamkeiten und Unterschiede
3. Entstehungsursachen des Umweltengagements
4. Deutungsmöglichkeiten der Unterschiede und Gemeinsamkeiten
5. Beurteilung der politischen Bedeutung (Fazit)

Teil VI: Ausblick: Der Umweltschutz nach 1989 in Ost- und Westdeutschland

Teil VII: Schlussbetrachtung

Die DDR und ich.

Das retrospektive DDR-Bild und die Konstruktion von Identität in autobiographischen Texten

von Dr. Katrin Löffler

Seit den Ereignissen von 1989/90 sind zahlreiche autobiographische Texte ehemaliger DDR-Bürger entstanden, die auf ein gesteigertes Bedürfnis nach erinnernder Vergegenwärtigung der eigenen Lebensgeschichte und somit auch der Reflexion von Identität hindeuten. Ziel des Projektes ist es, an ausgewählten autobiographischen Texten zu untersuchen, wie das Leben in der DDR retrospektiv für die Konstruktion von Identität reflektiert wird. Schwerpunkt soll die Auseinandersetzung mit der staatlich propagierten kollektiven Identität und den vielfältigen Möglichkeiten der Identifizierung (Akzeptanz, kritische Identifizierung, Pseudo-Identifizierung, Gegenidentität etc.) sein.

Die sozialwissenschaftliche Identitätsforschung hat konstatiert, daß Identität gerade in Krisenzeiten zum Problem und damit zum Gegenstand der Reflexion wird. Die Ursache sieht man in gesellschaftlichen Prozessen der Differenzierung und Individualisierung, der Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, der Pluralisierung der Lebensstile und Weltdeutungen. Identität ist nicht mehr vorgegeben, sondern zunehmend fragil und fraglich und Gegenstand eigener Konstruktionsleistung geworden. DDR-Bürger erlebten diese Prozesse sozusagen im Zeitraffertempo. Die Friedliche Revolution von 1989/1990 stellt für das Leben nahezu jedes ehemaligen DDR-Bürgers, der seine Biographie zuvor in hohem Maße kalkulieren konnte, eine markante Zäsur mit dem Zwang zur Neuorientierung dar. Innerhalb kurzer Zeit war ein umfassender Transformationsprozeß zu bewerkstelligen.

»Ostidentität« nach dem Ende der DDR, so haben Forschungen gezeigt, ist für die überwiegende Mehrheit der ehemaligen DDR-Bürger keine Identifizierung mit der DDR als politischem System, sondern das Insistieren auf einer eigenen Geschichte, die durch die deutsche Einheit marginalisiert zu werden droht. Die Autobiographie als »Geschichte in der Ich-Form« (Ruth Klüger) bietet sich als narratives Genre an, um – methodisch gestützt auf die neuesten Ergebnisse der Gedächtnis- und Identitätsforschung – differenziert zu untersuchen, wie die DDR im »kommunikativen Gedächtnis« (Jan Assmann) erinnert wird und was sie für das Selbstbild des einzelnen bedeutet. Zugleich ist die Autobiographie Ergebnis eines bewußt gestalteten Erzählaktes, der auf Selektion und Kombination erinnerter Ereignisse beruht und sich bestimmter sprachlich-stilistischer Mittel und narrativer Muster bedient, die zu untersuchen sind.

Erinnern, Identitätsbildung und Autobiographie hängen unmittelbar zusammen: Identität als komplexer Akt der (Re-)Konstruktion basiert auf autobiographischem Erzählen, das wiederum durch Erinnern konstituiert wird. Insofern sind Autobiographien als literarisches Genre ein Gedächtnismedium par excellence und erreichen aufgrund ihrer narrativen und anschaulichen, auf das Subjekt konzentrierten Vermittlung von (Zeit-)Geschichte eine breitere Öffentlichkeit. Wer über sein Leben in der DDR schreibt, tut dies im Bewußtsein, Ereignisse von großer historischer Tragweite erlebt zu haben und somit auch Anschauungen und Wissen

über einen Staat zu vermitteln, der nach nur vierzigjähriger Existenz binnen eines knappen Jahres aufhörte zu bestehen. Folglich kann man die zu untersuchenden Autobiographien als intendierte öffentliche Teilhabe am kommunikativen, d. h. rezenten Gedächtnis und im Kontext erinnerungspolitischer Diskurse betrachten. Sie vermitteln nicht nur Informationen, sondern transportieren auch affektive und wertbesetzte Haltungen der Autoren, die durch ihre Texte den aktuellen Diskurs über die DDR beeinflussen wollen. Gleichzeitig ermöglicht jede Veröffentlichung eines autobiographischen Werks, aufgrund der relativen Dauerhaftigkeit des Mediums Buch ins kulturelle Gedächtnis (Speichergedächtnis) einzugehen und spätere Rekonstruktionen von DDR-Geschichte mitzubestimmen.

Kurzbiographie

Katrin Löffler, geboren 1964 in Riesa (Sachsen), wurde nach dem Abitur Krankenschwester, arbeitete als Redakteurin einer Kirchenzeitung und studierte von 1993 bis 1999 in Leipzig und Turin Germanistik und Geschichte. 2004 wurde sie mit einer Arbeit über anthropologische Konzeptionen in der Literatur der Aufklärung promoviert, war als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Leipzig tätig und arbeitete über den christlich-jüdischen Dialog in der DDR.

Vorläufige Gliederung

Erster Teil

1. Einleitung

- Erkenntnisinteresse
- Forschungsstand

2. Methodische Grundlagen

- Autobiographisches Erzählen
- Gedächtnisforschung
- Identität
- Generationsmodell

Zweiter Teil: Textanalysen

1. Autobiographische Texte von Autoren der Aufbaugeneration

- Zur biographischen Spezifik der Aufbaugeneration
- Das Literatursystem der DDR
- Einzeltextanalysen
- Vergleich unter inhaltlichen und formalen Aspekten
- Zusammenfassung

2. Autobiographische Texte von Autoren der Wendegeneration

- Zur biographischen Spezifik der Wendegeneration
- Einzeltextanalysen
- Vergleich unter inhaltlichen und formalen Aspekten
- Zusammenfassung

3. Populäre Autobiographik

- Zur Spezifik populärer Autobiographik
- Traditioneller Buchmarkt und neue Distributionsformen
- Einzeltextanalysen
- Vergleich unter inhaltlichen und formalen Aspekten
- Zusammenfassung

4. Resümee

Lyrik und Politik in der DDR: Verlage, Institutionen und Diskurse

von Eyk Henze

Schaut man sich die Programme der kleinen wie großen Belletristik-Verlage der DDR an, so stellt man – vielleicht überrascht, möglicherweise erstaunt – fest, dass Lyrik in ihnen einen vergleichsweise großen Platz einnahm; jedenfalls gemessen an der Zahl der Titel. Dies suggeriert, wie es bspw. Christlieb Hirte, ehemals Lektor für deutschsprachige Literatur im Verlag Volk und Welt, betont, es habe in der DDR viel mehr Lyrik-Leser als im Westen gegeben. Ob dem so war, sei dahingestellt; dieser Eindruck allerdings ist von Bedeutung gewesen für das Verlegen von Lyrik und seine Rechtfertigung.

Mir ist daran gelegen, die Editions-geschichte des Genres im zeitlichen und im Gattungsquerschnitt nachzuzeichnen, indem die Programmpolitik unterschiedlicher Verlage miteinander verglichen und der kulturpolitische Einfluss auf sie untersucht werden soll.

Die zentrale Frage dabei lautet: Wie politisierte bzw. ideologisierte sich das zunächst primär ökonomische System der Druckgenehmigung zur planvollen Kontingentierung der knappen Papierressourcen zu einem System der Zensur von Verlegern, Lektoren, Omnipräsenten, Autoren und Texten? Die Perspektiv- und Produktionsplanungen der Verlage sowie Anthologie- und Reihenkonzeptionen werden nützlich sein, um herauszufinden, was entgegen den Absichten nicht erschien, um dann unterscheiden zu können, was ökonomischen oder literarischen Kriterien zum Opfer fiel und was der Zensur. Die synchronen Unterschiede und Gemeinsamkeiten sowie diachronen Entwicklungen sollen daraufhin geprüft werden, wie die politische Penetration die jeweils eigenen Verlagsprozesse mitgestaltete, be- und verhinderte oder sogar förderte.

Im Mittelpunkt also steht die Arbeit der Verlage unter den Bedingungen staatlicher und selbst auferlegter Zensur. Durch das Unterbinden eines einzelnen Gedichts ging erstere vergleichsweise mühelos vonstatten, genauso wie es durch letztere relativ mühelos war, Gedichtbände überhaupt erst möglich zu machen – vergleicht man z.B. den nicht geringen Aufwand, den es bedeutete, einen Roman umzuschreiben. Institutionell lässt sich die staatliche Zensur der DDR via Druckgenehmigungsverfahren als System beschreiben, hinter dem jedoch ein personalisierter Diskurs um das (Un-)Sagbare bzw. (Nicht-)Publizierbare stand – wovon bspw. Eindrücke und Rechtfertigungen der Protagonisten (s.o.) zeugen –, der Formen von Selbstzensur bedingt hat. Diesen Diskurs gilt es herauszustellen. Dazu werde ich mich – parallel zu einem sozial- und institutionsorientierten Vorgehen – vor allem der historischen und sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse bedienen, wobei besonders die von Michel Foucault entwickelten Instrumentarien Verwendung finden sollen.

Aufgrund der Konzentration auf den (Nicht-)Verlag in der DDR, stellt sich nicht die Frage danach, was DDR-Literatur ist; zumal explizit beabsichtigt ist, ausländische Lyrik, ihre Nachdichtung sowie Art und Umstände ihrer Veröffentlichung zu berücksichtigen. Im Zentrum soll dabei die in der Weißen Reihe–Lyrik international des Verlags Volk und Welt und die in der Universal-Bibliothek des Reclam-Verlags erschienene bzw. auch nicht erschienene Lyrik neben den Reihen zeitgenössischer deutschsprachiger AutorInnen im Aufbau- und Mitteldeut-

schen Verlag sowie im Verlag Neues Leben stehen und zudem das Material, das im Archiv unterdrückter Literatur zusammengetragen worden ist sowie der Bestand zur Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Ministerium für Kultur (MfK), der im Bundesarchiv zugänglich ist.

Der Archivbestand zum Thema ist noch längst nicht erschöpfend erfasst, die DDR-Verlagsgeschichte bleibt als Forschungsgebiet bisher nur dürftig aufgearbeitet. Lyrik fand dabei bisher kaum besondere Aufmerksamkeit über die literaturwissenschaftliche Beschäftigung mit ihr und/oder einigen prominenten AutorInnen hinaus. Prominenz und literarische Qualität spielen für meine Untersuchung keine Rolle, sondern das, was für den Verlag von Lyrik als repräsentativ und was als Ausnahme davon herausgestellt werden kann.

Kurzbiographie

Eyk Henze, geb. 1981 in Bernburg, studierte Kommunikations- u. Medienwissenschaft mit Schwerpunkt Buchwissenschaft sowie Kulturwissenschaften an der Universität Leipzig und in Dublin; Abschlussarbeit zur irischen Zensurgeschichte. Er war in Leipzig als wissenschaftliche Hilfskraft am Umweltforschungszentrum tätig und ist Lehrbeauftragter an der dortigen Universität. Diverse Praktika in Verlagen sowie Veröffentlichungen in Anthologien und Zeitschriften.

Vorläufige Gliederung

Die vorläufige Gliederung unterliegt noch stark der analytischen Trennung im Arbeitsprozess, wird aber zur Niederschrift in geeigneter Weise synthetisiert werden.

1. Einleitung
2. Lyrikverlag in der frühen DDR
3. Lyrikverlag im Rahmen des Bitterfelder Wegs
 - kulturpolitischer Kontext und Mitteldeutscher Verlag
 - exemplarische Fälle
4. Zeitgenössische deutschsprachige Lyrik in der Folgezeit
 - kulturpolitische Kontexte
 - Reclam-Verlag
 - die Auswahl-Anthologien des Verlags Neues Leben (1960/70er)
 - Edition Neue Texte des Aufbau-Verlags
5. Internationale Lyrik
 - kulturpolitische Kontexte
 - Weiße Reihe – Lyrik international des Verlags Volk und Welt
 - internationale Lyrik im Aufbau- und Reclam-Verlag
 - Nachdichter und –dichtungen
6. Unterdrückte Lyrik(er)
7. Zusammenfassung und Schluss

Wolfgang Mattheuer. Die politische Landschaft

von Anja Hertel

„Ich fühle mich zur Landschaft besonders hingezogen. Zur Schönheit der Natur, nicht nur im Sonnenschein: Schön sind für mich auch der Regen, ein Gewitter, Nebel über dem Land. Womöglich allzu sehr gerät mir das Politische in die Wahrnehmung.“

Seit Mitte der 60er Jahre schuf der DDR-Maler Wolfgang Mattheuer Landschaftsbilder, die nicht einfach nur die Natur ‚abbildeten‘. In seinen Gemälden spielen immer auch die Reflexionen und Gedanken eine Rolle, die er sich beim Betrachten der Landschaft machte. In den 70er Jahren nehmen seine Landschaftsmotive symbolische Bedeutung an, wie sein berühmtes Bild „Hinter den sieben Bergen“ exemplarisch demonstriert: Eine endlose Straße führt auf eine Bergkette zu, hinter der sich eine Luftballon schwingende Freiheitsgöttin erhebt. Was erwartet den Fahrer hinter dem Horizont? Der Künstler selbst antwortet vieldeutig: „’Hinter’ den Bergen liegt das Bedenkenswerte und das Gesprächswerte, nicht ‚davor‘“. Mit Hilfe dergleichen verschlüsselter Bildmotive entwickelte Mattheuer einen Weg, den politischen und gesellschaftlichen Verfall der DDR zu illustrieren – und traf damit den „Nerv der Zeit“. Er stand mit metaphorisch codierter Kritik nicht allein: Die DDR-Landschaftsmalerei zeichnete sich ab etwa 1965 allgemein durch zunehmend kritische Tendenzen aus.

Hier schließt die vorliegende Studie an. Ziel ist es, die Entwicklung einer kritischen Landschaftsmalerei in der DDR seit Mitte der sechziger Jahre zu erforschen. Im Zentrum stehen dabei Bilder, die auf den großen DDR-Kunstaustellungen gezeigt wurden und somit einem breiten Publikum als auch der (grenzüberschreitenden) Kunstkritik zugänglich waren. „In Zeiten des Verfalls sind Landschaften wichtig“, schrieb der DDR-Schriftsteller Heiner Müller. Dem entspricht meine These, dass sich die Landschaft in der DDR durch ihre ambivalente Eigenschaft besonders eignete, sowohl individuelle Befindlichkeiten als auch gesellschaftskritische Standpunkte zu projizieren. Im Mittelpunkt der Promotion steht dabei immer wieder die Interpretation politisch-symbolischer Landschaftsgemälde Wolfgang Mattheuers.

Landschaftsmalerei spielte in der offiziellen Kunsttheorie der SED eine eher untergeordnete Rolle. Künstler hatten in der DDR die Aufgabe, an der „Errichtung einer neuen Gesellschaftsform“ gestaltend mitzuwirken. Landschaftsmaler konnten allenfalls ihren Beitrag leisten, indem sie eine positive Haltung zum sozialistischen Fortschrittsgedanken zeigten – etwa in pathetischen Industrielandschaften, Tagebauszenarien oder friedvollen Illustrationen der „Schönen Heimat“. Das vergleichsweise geringe Augenmerk der Obrigkeit auf dieses Genre ermöglichte es, dass sich eine symbolische und kritische Landschaftsmalerei in der DDR entfalten konnte.

Ihre Aufarbeitung rückt in den Fokus des theoretischen Teils meiner Promotion. Zunächst stellt sich mir die Frage nach einer (kunst-)historischen Tradition von Landschaftsmotiven als Botschaftsträger im Kontext politischer, gesellschaftlicher oder sozialer Repression: Wann und unter welchen politischen Umständen wurde Landschaft zur Projektionsfolie persönlicher

oder kollektiver Befindlichkeit? Wie wurde die Traditionslinie im kulturpolitischen Kontext der DDR aufgegriffen und fortgeführt? Und schließlich umfasst die Studie auch die Frage nach dem Begriff der ‚Landschaft‘ in der DDR: Die planmäßige Wirtschaft (Industrie, Tagebau, Landwirtschaft) wirkte sich offensichtlich auf das Landschaftsbild und die Befindlichkeit der Bevölkerung aus – vor allem nachdem sich ernste Anzeichen von Zerstörung, Umweltverschmutzung und Verfall bemerkbar machten. In den Menschen der DDR wuchs (unter anderem) zunehmend das Bedürfnis nach einer Kunst, die die eigenen Zweifel sowie die politischen und ökonomischen Defizite kommunizierte: Die Landschaftsmalerei bot dabei eine stilistisch als auch motiv- und bedeutungsgeschichtlich weit zurückreichende Tradition, auf die sich mehr und mehr Künstler seit den 60er Jahren beriefen und die von einem kontinuierlich wachsenden bildungsversierten Publikum rezipiert wurde. Ein zeitgenössischer Kunstkritiker dazu: „Das Publikum hatte gelernt, auch in stillen Landschaftsbildern laute und klare Botschaften zu vernehmen.“

Diese historisch-theoretischen Untersuchungen bilden den Rahmen für die Interpretation ausgewählter Landschaftsgemälde Wolfgang Mattheuers. Im Zentrum steht hier die stil- und bedeutungsgeschichtlich orientierte Analyse ausgewählter Bildmotive (Horizont, Weg, Insel) und ihrer die gesellschaftspolitische Situation der DDR widerspiegelnde Metaphorik.

Kurzbiographie

Anja Hertel, 1980 in Werdau geboren, studierte Germanistik und Kunstgeschichte an der Universität Leipzig. Ab 2004 studentische, dann bis 2006 wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Kunstgeschichte Leipzig: Lehrauftrag und Leitung des Projektes „Digitale Medien“. Mitwirken an zahlreichen Projekten zu W. Mattheuer: Vorträge u. a. in der Galerie Schwind Leipzig, Publikationen für das Museum der bildenden Künste Leipzig und die Kunstsammlungen Chemnitz.

Vorläufige Gliederung

I Einleitung

II Theoretische Grundlagen

1 Kunst und Politik in der DDR

1.1 ‚Sozialistischer Realismus‘ und ‚Kunst im Sozialismus‘

1.2 Auftragskunst und freie Kunst

1.3 Kunstaustellungen und Publikum

1.4 Leipziger Schule

2 Landschaft und Landschaftsrezeption in der DDR

2.1 Die Landschaft in der DDR und ihre Funktion

2.1.1 Landeskulturgesetz

2.1.2 Landschaft und Ökonomie

- . Tagebau

- . Industrie

- . Landwirtschaft

2.1.3 Landschaft und Bevölkerung:

- . Alltag

- . Freizeit

- . Erholung

2.2 Utopie und Wirklichkeit

2.2.1 Umweltbewusstsein – Umweltzerstörung

2.2.2 Heimat – Heimatverlust

2.2.3 Aufbruch – Ausbruch

3 Landschaftsmalerei in der DDR

3.1 Landschaftsmalerei als Botschaftsträger im Spiegel der Kunstgeschichte

3.2 ‚Geschichte‘ der Landschaftsmalerei in der DDR

3.2.1 Das Genre Landschaft in der sozialistischen Kunstpolitik

- . Darstellungen der ‚Schönen Heimat‘

- . Darstellungen der produktiven Landwirtschaft

- . Darstellungen des arbeitenden ‚Neuen Menschen‘

- . Freizeit- und Alltagsdarstellungen

3.2.2 Landschaftsbilder auf den Leipziger Bezirkskunstaustellungen und den Dresdner Allgemeinen Deutschen Kunstaustellungen

3.2.3 Landschaftsmalerei und Publikumsrezeption

3.3 Romantikrezeption in der DDR

3.3.1 Landschaftsphilosophie der Romantik

3.3.3 ‚Literarische‘ Landschaftsbilder der Romantik

3.3.4 Die Landschaftsmalerei der Romantik

3.3.5 Politische Aspekte der romantischen Landschaftsmalerei

3.3.6 Romantik und Erbebegriff in der DDR

3.3.7 Romantikdebatten und die I. Greifswalder Romantikkonferenz 1974

3.4 Politische Landschaften

- . Bernhard Kretzschmar „Blick auf StalinStadt“
- . Eckhard Böttger „Randriegel I + II“
- . Jürgen Henker „Anfang und Ende“
- . Uwe Pfeiffer „Abgerissener Drache“
- . Nuria Quevedo „Eine Art den Regen zu beschreiben“

4 Die ‚politische Landschaft‘ bei Wolfgang Mattheuer

4.1 Begriffsdefinition ‚politische Landschaft‘

4.1.1 Reichenbach und Leipzig

- . Heimatbegriff bei Mattheuer
- . Land und Stadt

4.1.2 Kunstkonzept Mattheuers

- . Wahrheit und Realismusbegriff
- . Gefühl und Verstand
- . Ambivalenz und Metapher
- . Künstler-Betrachter-Dialog

4.1.2 Romantikrezeption bei Mattheuer

4.1.3 Literarische und philosophische Vorbilder

4.1.4 Zwischenfazit

5 Landschaftsbegriff

5.1 Landschaft als Inspirations- und Rückzugsraum

5.2 Landschaft als Projektionsfläche gesellschaftspolitischer Prozesse

5.3 Prozess der Landschaftsrezeption

- . Betrachtung und Genuss
- . Reflexion
- . Transformation

III Analytischer Teil

1.4 Die Landschaftsbilder Mattheuers

1.4.1 Statistische Aufführung der Landschaftsbilder (Werkverzeichnis)

1.4.2 Kategorisierung

- . ästhetische Landschaften (Naturstudien und Reiseskizzen)
- . Stimmungslandschaften, Sehnsuchtsbilder
- . symbolische / ‚metaphorische‘ Landschaften
- . politische / ‚thematische‘ Landschaften

1.4.3 Selbstreflexion in Landschaften

2 Landschaftsmotive und ihre Bedeutungsgeschichte

2.1 Horizontmotiv (Himmel, Ferne, Berge und Hügel)

2.2 Wegmotiv (Straßen, Schienen, Flugspuren)

2.3 Fenstermotiv (Ausblicke, Drinnen und Draußen, Spiegel)

2.4 Flugmotiv (Überschau)

3 Fazit

Kaffee – Die Bedeutung des Genussmittels in beiden deutschen Nachkriegsstaaten

von Monika Sigmund

„Wer auch nur einen Tag in unserer Stadt zugebracht hat, lernt bei uns das Kaffeetrinken. Der Lebensrhythmus der Menschen zwischen ihren alten und neuen Mauern richtet sich nach ihren Kaffeepausen. Sie trinken ihn süß, heiß und in ziemlichen Mengen. Man könnte, wäre man Anarchist, die Menschen allesamt demoralisieren, würde man die Zufuhr des geliebten Kaffees sperren. Die Arbeitermacht bei uns darf sich Fehler erlauben, nur den nie, das Herbeischaffen des Kaffees auch nur einen Moment lang zu vergessen.“

Der Schriftsteller Paul Gratzik beurteilte – in seinem 1977 erschienenen Roman ‚Transportpaule oder wie man über den Hund kommt‘ – die emotionale Verfasstheit seiner Mitbürger in der DDR treffend und mit einer Hellsichtigkeit, die die Mitglieder des Politbüro offenkundig nicht teilten. Ein kurzer Blick in die Ereignisse des Jahres 1977 verdeutlicht den Zusammenhang zwischen dem Genussmittel Kaffee, den Befindlichkeiten der Bürger und den politischen Strukturen:

Im Juli 1977 beschloss das Politbüro aufgrund enorm gestiegener Weltmarkt-Kaffeepreise die Einführung eines Mischkaffees. Dieser ‚Kaffee-Mix‘, der jeweils zur Hälfte aus Bohnenkaffee und Surrogaten bestand, sollte die Grundversorgung der Bevölkerung mit dem Genussmittel abdecken und damit dazu beitragen, den problematischen Mangel an Devisen in den Griff zu bekommen. Der billige und beliebte ‚Kosta‘-Kaffee wurde gestrichen, die teuren Sorten in der Qualität vermindert und damit de facto verteuert.

In der Bevölkerung brach ein Sturm der Empörung los. Der neue Mischkaffee stieß auf eine breite Front der Ablehnung. Die Menschen äußerten ihren Unmut und schrieben Protestbriefe und Eingaben. Der ‚Kaffee-Mix‘ – im Volksmund ‚Erichs Krönung‘ genannt – blieb in den Regalen liegen. Obwohl die SED-Führung versuchte gegenzusteuern, entwickelte sich aus der Politbüroentscheidung eine akute Legitimationskrise, in der sich deutlich offenbarte, wie schnell die ab den sechziger Jahren allmählich aufgebaute Zuversicht in den Versorgungsstaat DDR zu erschüttern war. Die ‚Kaffee-Krise‘ entschärfte sich mit den fallenden Weltmarktpreisen, das Misstrauen der Bevölkerung blieb bestehen.

Auch in der BRD kamen in den 1970er Jahren Kaffeemixprodukte auf den Markt. Genau wie in der DDR floppten die Marken. Eine empörte Bevölkerung sucht man im Westen jedoch vergebens. Die Krisen spielten sich auf einer anderen Ebene ab. Die Kaffeehändler haderten mit den sinkenden Absatzzahlen, suchten ihr Heil in einer intensivierten Werbung und hielten Ausschau nach neuen Zielgruppen. Die aggressiven Vermarktungsstrategien beschworen Konflikte zwischen den verschiedenen Händlergruppen herauf, als die Kaffeeläden immer mehr ‚Schnäppchenangebote‘ aus dem Non-Food-Bereich offerierten, und die Kaffeehersteller entfachten eine Preisschlacht, die als ‚Kaffee-Krieg‘ in den Medien aufgegriffen wurde. Der kurze Blick in die 1970er Jahre verdeutlicht die vielen gesellschaftlichen Aspekte, die sich im Kaffeekonsum spiegeln. Aber auch jenseits dieser konkreten Ereignisse eröffnet die Betrachtung des Genussmittels Kaffee die Chance, Ähnlichkeiten und Unterschiede im ge-

sellschaftlichen und individuellen Selbstverständnis in beiden Gesellschaften zu erforschen, sowie die Vorstellungen zu untersuchen, die in einem der deutschen Staaten vom jeweils anderen vorherrschten.

Im Forschungsprojekt zur Bedeutung von Kaffee in beiden deutschen Nachkriegsstaaten stehen Kaffeekonsum und die Bedeutung des Genussmittels Kaffee für die Gesellschaft von der Währungsreform bis zur Wiedervereinigung im Mittelpunkt. In einer konsumgeschichtlichen Analyse sollen die sich verändernden Konsumbedingungen, Konsumgewohnheiten und Konsumwünsche genauso untersucht werden, wie die damit verbundenen Deutungen, Eigen- und Fremdwahrnehmungen, die Möglichkeiten sozialer Distinktion und die sich wandelnden Vorstellungen von Normalität und Wohlstand.

Die Entwicklung des Kaffeekonsums soll in ihren Ähnlichkeiten und Unterschieden in beiden Systemen nachgezeichnet und im Hinblick auf eine ‚asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte‘ (Kleßmann) untersucht werden. Der Kaffee und die ihm zugewiesenen Assoziationen und Deutungen ermöglichen dabei auch Rückschlüsse auf die sozialen Praktiken und Wahrnehmungen in der Beziehungsgeschichte zwischen beiden Staaten.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die unmittelbare Nachkriegszeit. In allen Besatzungszonen war der Genuss von echtem Bohnenkaffee nur noch als Erinnerung präsent und der Konsum von Ersatzkaffee wurde mit der allgemeinen Mangel Erfahrung gleichgesetzt. In dieser Situation zeichnet sich deutlich die Konsumerfahrung der Vorkriegszeit als Referenzhorizont ab, die zur Messlatte im Hinblick auf eine ‚Normalisierung‘ der Lebensverhältnisse wurde.

Wirtschaftliche Versorgungsprobleme und gesellschaftliche Erwartungen an den Wiederaufbau bildeten die gemeinsame Ausgangslage für die unterschiedliche Entwicklung in beiden Staaten und Gesellschaften, die sich nach den Währungsreformen abzeichnete. In den Jahren bis 1953 war der Kaffeekonsum in beiden Staaten noch weitgehend von der Abwesenheit des Genussmittels, bzw. von Klein- und Kleinstpackungen, wie auch von Substituten geprägt. Bestimmende Faktoren waren der große Einfluss von Schwarzhandel und Schmuggel und gleichzeitig ein hohes Maß an staatlicher Reglementierung, wenn auch die unterschiedlichen Einfuhrzahlen in den beiden Ländern schon auf eine deutliche Ungleichheit verweisen. Während der gesamten 1950er Jahre, in denen die Bohnen noch als Luxusgut gesehen wurden, herrschte in der Bundesrepublik eine optimistische Anspruchshaltung und Konsumhoffnung, die durch die Steuersenkung 1953 wesentlich gefördert wurde, während die Stimmung in der DDR von einer Gemengelage aus Zuversicht und Enttäuschung geprägt war. Die Bevölkerung beklagte sich über die schwankende und oft mangelhafte Qualität des angebotenen Kaffees angesichts der im Vergleich zum Arbeitseinkommen sehr hohen Preise und konsumierte wesentlich weniger, als der sozialistische Plan vorsah. So war am Ende des Jahrzehntes in der DDR die eigentümliche Situation entstanden, dass die ostdeutsche Bevölkerung aus staatlicher Sicht zu wenig Kaffee trank. Dies führte 1959 schließlich zur Einführung von drei Kaffeearten mit festgelegter Geschmacksnote, die den Verbrauchern das Vertrauen in die Qualität wieder geben und den Kaffeeabsatz stimulieren sollte.

In den 1960er Jahren wurde der Bohnenkaffee in beiden deutschen Staaten zum Alltagsgetränk. Damit einher ging der Wandel im Erscheinungsbild des Kaffees in der Bundesrepublik:

Während bis in die erste Hälfte der 1960er Jahre Kaffee immer noch lose verkauft wurde und der Erwerb von Kaffee als Markenartikel nicht selbstverständlich war, konzentrierten sich die Großröster in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts darauf, eine aussagekräftige Produktpalette zu gestalten. Das neue Produktdesign war eng verbunden mit der Einführung der Selbstbedienung in den Geschäften. Der Verkäufer verschwand daraufhin nach und nach aus dem Verkaufsprozess. Das Produkt wurde nun zum Mittler seiner selbst und die Marke erhielt als emotional besetzte Wiedererkennungsfür eine zentrale Bedeutung.

In der DDR zeigten die 1960er Jahre deutlich das Dilemma zwischen gesellschaftlichem Anspruch und ökonomischer Wirklichkeit angesichts der Bemühungen, mit der westlichen modernen Konsumententwicklung Schritt zu halten, etwa im Hinblick auf Verpackungen, lösliche Kaffees, Schonkaffees oder Kaffeeautomaten. Der Referenzhorizont für Kaffeekonsum und die damit verbundenen sozialen Praktiken verschoben sich nun deutlich vom Maßstab der Vorkriegszeit zum neuen Richtmaß Weststandard.

In den 1970er Jahren steigerte sich in beiden Staaten allmählich der Pro-Kopf-Konsum, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau. Der Konsum von Kaffee war eine Selbstverständlichkeit geworden, verbunden mit einer eindeutigen Anspruchshaltung in beiden Gesellschaften. Die schwankenden Entwicklungen auf dem Weltmarkt in den 1970er Jahren schlugen sich auf beiden Seiten der Mauer mit unterschiedlichen Auswirkungen nieder, wie bereits mit Blick auf die ostdeutsche ‚Kaffeekrise‘ und den westdeutschen ‚Kaffee-Krieg‘ deutlich wurde. In der Bundesrepublik waren die Jahre gekennzeichnet durch Preisschwankungen, der Suche nach neuen Absatzstrategien und der zunehmenden Monopolisierung, nachdem zahlreiche Kleinfirmen eingegangen waren. In der Rezeption der Verbraucher war der Kaffee zu einem ‚Grundnahrungsmittel‘ abgesunken. Die Kaffeeröster argumentierten gegen Negativimages – der Bohnenkaffee bekam einen altertümlichen, antimodernen Beigeschmack und den Ruf eines ‚Omagegetränkes‘.

Die DDR stand in den 1970er Jahren mit der auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 verkündeten Hauptaufgabe der „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“ im Zeichen einer Konsumhoffnung, die durch die bis dahin erreichte Verbesserung im Lebensstandard bis zu diesem Zeitpunkt gerechtfertigt schien. Da seit den 1960er Jahren der Bedarf an Grundnahrungsmitteln gesichert und preisstabil war, gaben die DDR-Bürger angesichts steigender Einnahmen insgesamt mehr Geld für Genussmittel aus. Vor diesem Hintergrund führte 1977 das ungeschickte Vorgehen von Partei- und Regierungsgremien zu dem oben geschilderten Konflikt zwischen dem Staat und der verärgerten Bevölkerung.

In den 1980er Jahren setzte sich – mit immer noch steigendem Pro-Kopf-Verbrauch – die stetige Konsumententwicklung seit den 1970er Jahren fort. In Westdeutschland meldeten sich erstmals seit Ende der 1970er Jahre Konsumenten zu Wort und kritisierten die Herstellungs- und Handelsbedingungen der ehemaligen Kolonialware. Diese Kritik setzte einen Konsumdiskurs in Gang, der immer neue Bereiche einschloss und aus dem sich das Konzept des ‚fairen Handels‘ entwickelte.

In Ostdeutschland war die Regierung durch die 1977er-Krise hochgradig sensibilisiert. Um künftigen Unmut entgegenzuwirken wurde z.B. der Kaffeehandel mit den sozialistischen ‚Bruderländern‘ intensiviert oder der Delikat-Handel mit Westkaffee oder anderen hochwertigen

gen Kaffees bestückt. Trotzdem blieb die Ware Kaffee ein sensibles Thema in der Bevölkerung und die DDR-Kaffeemarken konnten das Vertrauen der Konsumenten - auch mit technischen Neuerungen - letztlich nicht mehr zurückgewinnen.

Die oft als Nachholbedarf der ostdeutschen Bevölkerung bezeichnete Entwicklung nach 1989 macht in jedem Fall die Sprengkraft von Konsumversprechen und –wünschen deutlich, bzw. das „Scheitern der Gegenmoderne auf dem Schlachtfeld des Konsums“ (Ina Merkel). Die enorme Nachfrage von „Westkaffee“ im wiedervereinigten Deutschland –und hier speziell von Jacobs Krönung als dem Westkaffee – wirft noch einmal ein Licht auf die Selbstwahrnehmung der Konsumenten in der DDR.

Kaffee war regelmäßiger Bestandteil deutsch-deutscher Geschenksendungen. Diese Präsente fielen nicht nur mengenmäßig ins Gewicht, vielmehr manifestieren sich in ihnen auch die Motive und Muster für wechselseitige Wahrnehmungen. Pakete wurden aus sehr unterschiedlichen Motiven gepackt: Für nähere und entfernte Verwandte, für Bekannte und auch für Fremde, wie z. B. in Aktionen von Kirchen und Gewerkschaften. Diese damals als ‚Fremdpakete‘ bezeichneten Sendungen waren überwiegend politisch motiviert und wurden sicher häufig mit einem Gefühl verbunden, im überlegenen Teil Deutschlands zu wohnen. Anschaulich zeigten die Geschenksendungen die bunte Warenwelt des Westens und drängten – gemeinsam mit dem Westfernsehen – zur Wertung im Systemvergleich. Der Empfang der Pakete verwies die Beschenkten auf ihre Position im Kalten Krieg. Außerdem spiegeln diese Zuwendungen ein kompliziertes Beziehungsgeflecht wider: Missverständnisse im Hinblick auf die Wünsche und die Bedürftigkeit waren an der Tagesordnung. Zusammen mit den Geschenksendungen wurden auch gegenseitige Wahrnehmungen, politische Einschätzungen, Vorurteile und Empfindlichkeiten ein- und ausgepackt. Auch der ungeklärte Status dieser Gaben – irgendwo zwischen Geschenk und Versorgungspaket angesiedelt – führte zu vielerlei Enttäuschungen. Der Umfang und Inhalt von diesen „Liebesgaben“ liefert Hinweise auf gängige wechselseitige Vorurteile, Missverständnisse und Projektionen, die wiederum Einblicke in die Fremd- und Eigenwahrnehmung der Bürger der beiden deutschen Staaten erlauben.

Das Thema berührt also eine Vielzahl verschiedener Aspekte, vom Wechselverhältnis zwischen Alltag und Herrschaft bis zum Kaffee als Symbol in der Systemkonkurrenz und Kaffee in der Beziehungsgeschichte der beiden Staaten. Das Erscheinungsbild des Kaffees in der öffentlichen Darstellung und Diskussion verweist auf das individuelle und gesellschaftliche Selbstverständnis, wie auch auf Erwartungen und Wünsche im Wandel von Zeit und Gesellschaft.

Diese Untersuchung reiht sich in das übergeordnete Forschungsprojekt „Kaffee-Welten“ an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg ein, das aus insgesamt drei Teilprojekten besteht. Das hier vorgestellte Projekt zum deutsch-deutschen Kaffeekonsum verortet sich auf diese Weise in einem globalen Zusammenhang von Produktion, Handel und Konsum.

Christiane Berth untersucht in ihrem Projekt die Welt der Kaffeeproduzenten am Beispiel Zentralamerikas. Dorothee Wierling betrachtet die Welt der deutschen Kaffee-Händler und ihre familiären Netzwerke. Durch die Untersuchung von Produzenten, Händlern und Konsu-

menten werden die lokalen und globalen Beziehungen, die sich beim Handel mit Kaffee und beim Konsum von Kaffee im 20. Jahrhundert entfaltet und verändert haben, auf verschiedenen Ebenen erforscht. Dadurch leistet das dreigliederte Forschungsvorhaben eine umfassende Analyse zur global ausgerichteten Konsum-, Kultur- und Wirtschaftsgeschichte.

Die vergleichende Untersuchung der Bedeutungsgeschichte der Ware Kaffee lässt darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zum Verständnis deutsch-deutscher Beziehungen erwarten.

Kurzbiographie

Monika Sigmund, geboren 1965 in Regensburg, studierte Geschichte, Politologie und Soziologie in Augsburg und Hamburg. Ihre bisherigen Themenschwerpunkte und Veröffentlichungen umfassen u. a. die Zeit des Nationalsozialismus in Norddeutschland, Frauenalltag in Kriegs- und Nachkriegszeit und Stadtteilgeschichte in Hamburg. Sie ist die Mutter zweier Kinder und zurzeit an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig.

Aktualisierte Gliederung

1. Einleitung
 - 1.1. Fragestellung
 - 1.2. Forschungsstand
 - 1.3. Methode
 - 1.4. Quellengrundlage
 - 1.5. Aufbau
 - 1.6. Vorgeschichte: Kaffee im 20. Jahrhundert
 2. Konsumversprechen und Konsumentenverhalten in den ‚langen‘ fünfziger Jahren: Kaffee im Schatten des Nachkriegs 1948 - 1959
 - 2.1. Normalität und Wohlstandssehnsucht zwischen bundesrepublikanischer Nachkriegswirklichkeit und Wirtschaftswunder
 - 2.2. Planrückstände und Prioritäten: Versorgung, Konsum und Qualität in der DDR
 - 2.3. Kaffee-Transit – Grenzüberschreitungen
 3. Vom Sonntagskaffee zum Alltagsgetränk: Kaffeekonsum in den sechziger Jahren
 - 3.1. Der Durchbruch: Kaffee als Volksgetränk und als Markenartikel in der Bundesrepublik
 - 3.2. Die westliche Norm: Wunsch und Wirklichkeit in der DDR
 - 3.3. Das Westpaket – Kaffee als Teil der Geschenksendungen
 4. Die krisenhaften siebziger Jahre – Konsumentenansprüche und Weltmarktschwankungen
 - 4.1. Konsumgesellschaft am Ende des Booms in der BRD
 - 4.2. Konsumhoffnung und Kaffeekrise in der DDR
 - 4.3. Westkaffee – Ostkaffee: Distinktion und Selbstverständnis
 5. Neue Wege in den achtziger Jahren?
 - 5.1. BRD: Konsumkritik und Konsumkrisen
 - 5.2. DDR: Krisenprävention und neue Ressourcen
 - 5.3. Kaffee und Wiedervereinigung
 - 5.4. Eigen- und Fremdbild in beiden deutschen Gesellschaften
 6. Resümee: Kaffee in Deutschland – Bedeutungsträger, Symbol und Selbstverständnis
 - 6.1. Plan und Absatz – ein Getränk in zwei Wirtschaftssystemen
 - 6.2. Konsumgeschichte als Beziehungsgeschichte
 - 6.3. Coffee of Distinction: Warum ein Genussmittel den Unterschied macht
- Anhang
- Quellen und Literaturverzeichnis

Fernsehen, Öffentlichkeit und friedliche Revolution 1989

von Thomas Großmann

Trotz der von Zeitzeugen immer wieder betonten Bedeutung des Westfernsehens für den politischen Umbruch im Herbst 1989 in der DDR sind die damaligen Zusammenhänge zwischen Medien und Politik bis heute nicht systematisch untersucht worden. Die allgemein vermutete, bisher aber nicht näher qualifizierte Bedeutung vor allem des Fernsehens gilt es in der Dissertation empirisch zu analysieren. Diese Bedeutung ergibt sich vor allem aus dem Charakter von Fernsehen als „Echtzeitmedium“, das ohne zeitliche Verzögerung Bilder mit hoher sinnlich-emotionaler Wirkung überall verfügbar macht. Fernsehen wird damit zu einem Teil der unmittelbaren Gegenwart und trägt zur Beschleunigung der Kommunikation bei. Außerdem geht es in dieser Studie um die Frage, wie sich der politische Prozess durch das Fernsehen veränderte. Wichtige Hinweise auf eine mögliche Anpassung von Politik an die Medien in der friedlichen Revolution 1989 lieferte vor einiger Zeit Jens Reich, damals selbst Akteur der Bürgerbewegung. Er beschrieb, dass sich die ganze Regie der Leipziger Montagsdemonstrationen auf das Fernsehen einstellen musste. Außerdem sei es die Selbstbeobachtung der Demonstranten gewesen, die einen lawinenartigen Verstärkereffekt gehabt habe. Die Beobachtung der Dresdner, Leipziger und Berliner Ereignisse im Oktober 1989 aus der Ferne habe auch die Provinz mitgerissen und damit zu einer gewaltigen Mobilisierung geführt. Außerdem nimmt Reich an, dass die aufgeregte Darstellung der Ereignisse in den Westmedien die Anhänger der SED zusätzlich lähmte. Damit ergibt sich ein Anhaltspunkt, warum sich die Parteidiktatur trotz gewaltiger Machtressourcen den friedlichen Demonstranten ergab.

Zeitzeugen berichten auch, dass gerade dann Kristallisationspunkte des Protests entstanden, wenn westdeutsche Journalisten vor Ort waren. Die Kooperation von Bürgerbewegung und westdeutschen Journalisten zeigte sich auch im Fall der entscheidenden Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989. So konnten sich die Menschen außerhalb von Leipzig nur deshalb ein Bild von den Protesten machen, weil zwei Bürgerrechtler heimlich vom Turm der Thomas-Kirche filmten und das Bildmaterial unter hohem Risiko nach Berlin brachten. Mit Hilfe Westberliner Journalisten waren die Bilder kurz darauf in den Tagesthemen zu sehen und damit DDR-weit bekannt.

Ausgehend davon müssen für eine Untersuchung die verschiedenen Akteure des Herbstes 1989 als Mediennutzer und Handelnde in den Blick genommen werden. Welche Informationen standen ihnen aus dem Fernsehen zur Verfügung? Richteten sie tatsächlich ihre Handlungen auf die Massenmedien aus? Welche Strategien entwickelten die unterschiedlichen Akteure im Umgang mit dem Fernsehen? Wann und warum hatten einige Erfolg?

Dafür muss dem visuellen Charakter des Mediums mit seinen Bildern, aber auch Kommentaren und Tönen besondere Beachtung geschenkt werden. Zu fragen ist daher nach der Ästhetik, den Dramaturgien und dem Verhältnis von Tönen und Bildern der Fernsehberichte, um deren Botschaften und emotionale Wirkungen einschätzen zu können.

Für die Studie sollen drei Gruppen von Akteuren und zwei Themenfelder berücksichtigt werden. Neben der politischen Ebene in der DDR, also vor allem dem Politbüro des ZK der SED, werden zweitens Bürgerrechtler und Oppositionsgruppen untersucht. Die dritte Gruppe von Akteuren besteht aus den Journalisten der DDR einerseits und den Korrespondenten aus der Bundesrepublik andererseits. Wegen ihrer großen Bedeutung für die politische Kommunikation konzentriert sich die Studie auf die Nachrichtensendungen von ARD und ZDF sowie des DDR-Fernsehens. Als Themenfelder der Berichterstattung werden erstens die Massenflucht und die Botschaftsbesetzungen untersucht. Zweitens gilt die Aufmerksamkeit des Projekts der Darstellung der Oppositionsgruppen, der Demonstrationen und Protestveranstaltungen in den ausgewählten Nachrichtensendungen. Die Dissertation versucht auf diese Weise zu klären, welche Rolle die Medien beim Zusammenbruch des Sozialismus in der DDR gespielt haben.

Kurzbiographie

Thomas Großmann, geboren 1978 in Berlin, studierte an der Freien Universität Berlin Geschichte sowie Publizistik und Kommunikationswissenschaft. Daneben arbeitete er als studentische Hilfskraft am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin-Dahlem. Mit seiner Magisterarbeit über „die Entstehung von Öffentlichkeit am Ende der DDR“ und über den Wandel der Berichterstattung in Zeitungen beendete er 2008 sein Studium. Er ist Vater eines Sohnes.

Vorläufige Gliederung:

1. Einleitung (Forschungsstand, Methode/Theorie, Aufbau der Arbeit)
2. Herausforderung und Reaktion: Politik, Medien und Gesellschaft in der Krise der DDR in den 1980er Jahren
 - 2.1 Ökonomische Situation
 - 2.2 Perestroika und Glasnost
 - 2.3 Zivilgesellschaft
3. Medien und Politik in der DDR
 - 3.1 Kontrollierte Medienöffentlichkeit in der DDR
 - 3.2 Westmedien als Herausforderung der DDR-Öffentlichkeit
 - 3.3 Fernsehen als politisches Leitmedium
4. Berichterstattung des DDR-Fernsehens und des West-Fernsehens im Herbst 1989: Themen und Probleme
 - 4.1 Grenzöffnung und Fluchtbewegung
 - 4.2 40. Jahrestag der DDR
 - 4.3 Friedensgebete und Demonstrationen
 - 4.4 Formierung der Opposition
5. Akteure und Medienlogiken 1989
 - 5.1 Journalistisches Selbstverständnis
 - a. DDR-Fernsehen
 - b. ARD und ZDF
 - 5.2 Strategien von Politbüro und Partei
 - 5.3 Strategien oppositioneller Akteure
6. Fernsehen und Revolution
 - 6.1 Mediendynamik
 - 6.2 Transnationale Wirkungen
 - 6.3 Aneignung und Wandel der öffentlichen Meinung
7. Schluss: 1989 - Eine Medienrevolution?

Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin und Wien

Zum geschichtspolitischen Umgang in Deutschland und Österreich mit einem schwierigen Erbe (1945-2010)

von Steffi Töpfer

Seit 1945 bzw. 1949 markieren am Wiener Schwarzenbergplatz, im Berliner Tiergarten sowie in Berlin-Treptow und in Berlin-Schönholzer Heide sowjetische Ehrenmale die monumentale, dauerhafte sowjetische bzw. russische Präsenz der Sieger. Da im April und Mai 1945 während der letzten Tage des Zweiten Weltkrieges ca. 30.000 Soldaten der Roten Armee in Berlin und ca. 18.000 in Wien fielen, mussten zum einen für die Gefallenen Bestattungsmöglichkeiten vor Ort geschaffen werden. Zum anderen war es der sowjetischen Führung wichtig, im Land der Besiegten bleibende Gedenkort errichten zu lassen, um die Gegenwart der UdSSR in der ehemaligen Reichshauptstadt Berlin und der österreichischen Hauptstadt Wien dauerhaft sichtbar zu machen.

Aufgrund der bisherigen Quellen- und Literaturrecherche kann als Ausgangsthese der angestrebten Untersuchung festgehalten werden: Treptow ist nicht nur das bekannteste der Ehrenmale, sondern zudem das einzige, dem in der DDR eine eindeutige Funktion zugeschrieben wurde. Demgegenüber spielten das nahe der Berliner Mauer in der Schönholzer Heide befindliche und das in den Westsektoren stehende Denkmal in Tiergarten scheinbar eine nachrangige Rolle. Auch das Wiener Denkmal übernahm bereits kurz nach seiner Erbauung im Zentrum der Stadt eine Außenseiterposition am Rande des öffentlichen Bewusstseins ein. So können den untersuchten Denkmälern bestimmte Leitfragen zugeordnet werden:

- Das Sowjetische Ehrenmal im Tiergarten – Fremdkörper im Gebiet West-Berlins oder Monument der Anti-Hitler-Koalition?
- Das Sowjetische Ehrenmal in Treptow – vom Außenseiterstatus zum Zentrum parteistaatlicher Repräsentation der DDR?
- Das Sowjetische Ehrenmal in der Schönholzer Heide – vergessen im Schatten der Berliner Mauer?
- Das „Russendenkmal“ am Schwarzenbergplatz – ungeliebtes Relikt einer kurzen Besatzungszeit?

Ziel des Dissertationsvorhabens ist die vergleichende Analyse, wie und durch wen die sowjetischen Ehrenmale in dem epochenübergreifenden Zeitraum 1945 bis 2010 geschichtspolitisch (staatlich, administrativ, parteipolitisch, zivilgesellschaftlich, medial, publizistisch) verwendet wurden, wie sich jeweils die Sichten auf die Ehrenmale änderten und ob diese somit als Indikatoren für den gesellschaftlichen und politischen Wandel der Nachkriegsgesellschaften in der SBZ, der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich stehen können. Zudem ist eine sowohl kunsthistorische als auch ikonographische Analyse der Denkmäle

geplant. Aufbauend auf diese Analysen wird die Frage gestellt, wie die sowjetischen Ehrenmale als Orte der Erinnerung im geschichtspolitischen Kontext in der SBZ (1945-1949), der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (1949-1990), in Deutschland (1990-2010) sowie in Österreich unter sowjetischer Besatzung (1945-1955), nach dem Staatsvertrag (1955-1990) und nach dem Ost-West-Konflikt (1990-2010) zu verorten sind. Abschließend wird ein Ländervergleich gezogen, in dem exemplarisch Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Umgang mit den Denkmälern der ehemaligen sowjetischen Besatzer und damit auch mit der eigenen Vergangenheit aufgezeigt werden sollen.

Die Studie basiert neben zeitgenössischen Publikationen über die sowjetischen Denkmale vor allem auf ungedruckten Quellen des Bundesarchivs (Außenstelle Berlin), des Landesarchivs und Landesdenkmalamtes Berlin sowie des Bundesministeriums für Inneres in Wien. Zusätzlich werden Zeitzeugenbefragungen durchgeführt, vor allem mit Personen, die für die Ehrenmale zuständig waren und sind oder die sich nach 1990 für ihren Erhalt bzw. ihre Beseitigung einsetzten. Anhand von Zeitungsartikeln in den auflagenstärksten Zeitungen in Berlin (Ost und West) und in Wien an Einweihungs-, sowjetischen Feier- und anderen Ereignistagen ausgewählter Jahrgänge von 1945 bis 2010 wird zudem zu untersuchen sein, wie die Denkmale genutzt und dargestellt wurden und werden.

Kurzbiographie

Steffi Töpfer (geb. Schönrock), 1978 in Nordhausen geboren. Nach Fachhochschulreife, Freiwilligem Sozialen Jahr, einjährigem Irland-Aufenthalt und Abitur am Abendgymnasium von 2001 bis 2007 Studium der Kulturwissenschaften und Journalistik an der Universität Leipzig. Seit 2001 mehrere Praktika (u. a. MDR Figaro, NDR Info, Goethe Institut St. Petersburg, Deutsche Bahn) sowie Tätigkeit als Geschäftsführerin des Kompetenzzentrums Mittel- und Osteuropa Leipzig e.V.

Vorläufige Gliederung

1. Einleitung

1.1 Untersuchungsgegenstand und Fragestellung

1.2 Quellenlage und Forschungsstand

1.3 Theoretischer Ansatz: Konzepte deutscher Geschichtspolitik

2. Berlin und Wien 1945 bis 2010: Ausgangslage und Entwicklung der geschichtspolitischen Beziehungen zwischen

2.1 der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)

2.2 der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland

2.3 der Russischen Föderation und Deutschland

2.4 der UdSSR/Russischen Föderation und Österreich

3. BERLIN 1945 bis 1990: Das sowjetische Ehrenmal im Tiergarten – Fremdkörper im Gebiet West-Berlins oder Monument der Anti-Hitler-Koalition?

3.1 Beschreibung der Gesamtanlage

3.1.1 Die Bestandteile des Ensembles

3.1.2 Die Komponenten der Anlage – eine Interpretation ihrer Symbolik

3.2 SBZ 1945 bis 1949: Das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Tiergarten unter der Sowjetischen Militäradministration

3.2.1 Die Errichtung des Sowjetischen Ehrenmals im Berliner Tiergarten

3.2.2 Ein sowjetisches Ehrenmal im britischen Sektor

3.2.3 Funktionen und Nutzungsformen

3.3 DDR 1949 bis 1990: Von der politischen Inszenierung zum Außenseiterstatus?

3.3.1 Denkmal-, Finanzierungs- und Pflegestatus

3.3.2 Sanierungsarbeiten

3.3.3 Die Nutzung des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Tiergarten

3.3.3.1 Vor dem Mauerbau am 13. August 1961

3.3.3.2 Zwischen Mauerbau und Attentat

3.3.3.3 Nach dem Attentat vom 07. November 1970

3.3.3.4 Zurück ins Bewusstsein? Die Jahre vor dem Fall der Mauer

3.4 Zusammenfassung: Die geschichtspolitische Einordnung des sowjetischen Ehrenmals Berlin-Tiergarten (1945 bis 1990)

4. BERLIN 1947 bis 1990: Das sowjetische Ehrenmal in Treptow – vom Außenseiterstatus zum Zentrum parteistaatlicher Repräsentation der DDR?

4.1 Beschreibung der Gesamtanlage

4.1.1 Die Bestandteile des Ensembles

- 4.1.2 Die Komponenten der Anlage – eine Interpretation ihrer Symbolik
- 4.2 SBZ 1947 bis 1949: Die Errichtung des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow
 - 4.2.1 Die Ausgangssituation vor der Erbauung des Ehrenmals
 - 4.2.2 Legendenbildung über das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow
 - 4.2.3 Funktionen und Nutzungsformen

- 4.3 DDR 1949 bis 1990: Vom Außenseiterstatus zur politischen Inszenierung?
 - 4.3.1 Denkmal-, Finanzierungs- und Pflegestatus
 - 4.3.2 Sanierungsarbeiten
 - 4.3.3 Die Nutzung des sowjetischen Ehrenmals Berlin-Treptow
 - 4.3.3.1 Die Nutzung durch die Partei- und Staatsführung der DDR
 - 4.3.3.2 Ein Ritual im Wandel? Das Ehrenmal in Berlin-Treptow am 8. Mai
 - 4.3.3.3 Beispiele der Präsentation und sonstigen Nutzung

4.4 Zusammenfassung: Die geschichtspolitische Einordnung des sowjetischen Ehrenmals Berlin-Treptow (1947 bis 1990)

5. BERLIN 1947 bis 1990: Das sowjetische Ehrenmal in der Schönholzer Heide – vergessen im Schatten der Berliner Mauer?

- 5.1 Beschreibung der Gesamtanlage
 - 5.1.1 Die Bestandteile des Ensembles
 - 5.1.2 Die Komponenten der Anlage – eine Interpretation ihrer Symbolik

5.2 SBZ 1947 bis 1949: Die lange Erbauung des größten sowjetischen Ehrenfriedhofs unter der SMAD

- 5.2.1 Die Errichtung des sowjetischen Ehrenmals in der Schönholzer Heide
- 5.2.2 Funktionen und Nutzungsformen

5.3 DDR 1949 bis 1990: Der lange Weg ins ostdeutsche Bewusstsein

- 5.3.1 Denkmal-, Finanzierungs- und Pflegestatus
- 5.3.2 Sanierungsarbeiten
- 5.3.3 Die Nutzung des sowjetischen Ehrenmals Berlin-Schönholzer Heide
 - 5.3.3.1 Einweihung am Jahrestag der Oktoberrevolution – wo den 07. November fortan würdigen?
 - 5.3.3.2 Beispiele der Präsentation und sonstigen Nutzung

5.4 Zusammenfassung: Die geschichtspolitische Einordnung des sowjetischen Ehrenmals Berlin-Schönholzer Heide (1947 bis 1990)

6. BERLIN 1990 bis 2010: Gegen das Vergessen oder sowjetische Ehrenmale als Touristenattraktion?

- 6.1 Der rechtliche Status nach 1990

6.2 Verfall und Sanierung

6.3 Deutschland 1990 bis 2010: Beispiele der Präsentation und Nutzung

6.3.1 Politische Nutzung

6.3.2 Touristische Nutzung

6.3.3 Mediale und publizistische Nutzung

6.4 Exkurs: Ein Streit ohne Folgen? Die Zitate Stalins auf den Kenotaphen des Treptower Ehrenmals

6.5 Zusammenfassung: Die geschichtspolitische Einordnung der sowjetischen Ehrenmale im vereinigten Berlin (1990 bis 2010)

7. WIEN 1945 bis 2010: Das „Russendenkmal“ am Schwarzenbergplatz – ungeliebtes Relikt einer kurzen Besatzungszeit?

7.1 Beschreibung der Gesamtanlage

7.1.1 Die Bestandteile des Ensembles

7.1.2 Die Komponenten der Anlage – eine Interpretation ihrer Symbolik

7.2 Besetztes Österreich 1945 bis 1955: Das erste Ensemble seiner Art in einem Land der Besiegten

7.2.1 Erbauung am Wiener Schwarzenbergplatz

7.2.2 Funktionen und Nutzungsformen

7.3 Österreich 1955 bis 1990: Alles anders durch den Staatsvertrag?

7.3.1 Denkmal-, Finanzierungs- und Pflegestatus

7.3.2 Sanierungsarbeiten

7.3.3 Die Nutzung des „Russendenkmals“

7.3.3.1 Alle Jahre wieder? Die Befreiung Wiens und die Oktoberrevolution am „Russendenkmal“

7.3.3.2 In den Schlagzeilen durch Kriminalfälle

7.3.3.3 Beispiele der Präsentation und sonstigen Nutzung

7.4 Österreich 1990 bis 2010: Mehr Beachtung für das „Russendenkmal“ nach dem Ende des Ost-West-Konflikts (1989/1990) und während des doppelten Gedenkjubiläums (2005)?

7.4.1 Nach 1990 – Diskussionen um das „Russendenkmal“ (I)?

7.4.2 In 2005 – Diskussionen um das „Russendenkmal“ (II)?

7.5 Zusammenfassung: Die geschichtspolitische Einordnung des „Russendenkmals“ am Wiener Schwarzenbergplatz (1945 bis 2010)

8. Ländervergleich: Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin und Wien. Zum geschichtspolitischen Umgang in Deutschland und Österreich mit einem schwierigen Erbe (1945-2010).

Deutsche Demokratische Erinnerung.

Die geschichtspolitische Selbstverständigung über die DDR-Vergangenheit

von Sebastian Richter

Das Ende der DDR hat nicht nur der historischen Forschung starke Impulse verliehen. Auch die deutsche geschichtspolitische Gedenk- und Erinnerungslandschaft hat sich grundlegend verändert. Es sind nicht allein die Ereignisse bis 1989/90, die zur öffentlichen Auseinandersetzung mit der DDR führen, sondern auch – oder gar in erster Linie – die Selbstverständigungs- und Wertedebatten über die SED-Diktatur in der Gegenwart. Die Idee eines zentralen Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin wie auch das häufige Bemängeln von Wissensstand und Einstellungen zur DDR haben viel mit Fragen der historischen Deutungshoheit und geschichtspolitischen Identitäten in der vereinigten Bundesrepublik zu tun. Diese werden zunehmend durch die kontrovers diskutierte Erinnerung an die SED-Diktatur geprägt, die ihren Platz neben der über Jahrzehnte dominanten, heute kaum mehr strittigen NS-Erinnerung erst finden muss. Bisher ist vergeblich nach einem identitätsstiftenden, kollektiven Geschichtsbild zur DDR gerufen worden. Der politisch-moralische Impetus in der deutschen Erinnerungskultur ist ein Erbe der NS-Zeit. Hans Günter Hockerts nennt diese Kultur ein „Lebenselixier der Demokratie“.

Martin Sabrow hat darauf hingewiesen, dass eine Historisierung der DDR unvollständig ist, wenn sie nicht die Historisierung ihrer sich wandelnden Deutungsmuster einschließt. Solche Muster hat es in der Bundesrepublik auch vor 1989 gegeben. Sie waren Anlass heftiger deutschlandpolitischer Kontroversen. Ohne Zweifel ist in der Deutung der DDR nach 1989 ein neues Kapitel aufgeschlagen worden. Die mit der DDR befasste Aufarbeitungslandschaft sucht ihresgleichen. Geschichtspolitik, öffentliches Gedenken und Wissenschaft werden durch ein bürgerschaftlich entstandenes, institutionell gefördertes Netzwerk aus Archiven, Museen, Aufarbeitungsinitiativen und Dokumentationszentren sowie Gedenkstätten flankiert. Die Dissertation beschreibt und analysiert die Selbstverständigung über die DDR-Vergangenheit nach 1989. Sie geht der Frage nach, welche politischen Deutungen der DDR, die immer wertbesetzte Behauptungen neben anderen darstellen, in das kulturelle Gedächtnis der Bundesrepublik eingeschrieben werden sollen. Dieser für die zukünftige Erinnerung formative Prozess verläuft konflikthaft und ist entlang politischer, institutioneller, fachlicher, aber auch biographischer Bruchlinien geführt worden. Die Arbeit nimmt die Inhalte und nationalen Rahmenbedingungen von Geschichtspolitik, ihre Akteure sowie deren Partizipations- und Artikulationschancen als „Deutsche Demokratische Erinnerung“ ins Visier. Neben zumeist westdeutschen Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten bilden hier die Standpunkte – sowie der Rollenwandel – ehemaliger Oppositioneller einen Schwerpunkt. An ihrem Wirken lassen sich die (demokratischen?) Spielregeln öffentlicher (spezifisch deutscher?) Erinnerung und die Transformation von historischen Primärerfahrungen in eine von politischen Interessen durchflochtene, symbolhafte öffentliche Erinnerungskultur betrachten. 2009 werden eine Vielzahl öffentlicher Erinnerungsveranstaltungen zur DDR abgehalten. Dieses

und das kommende Jahr können Auskunft geben, welche und wessen Deutungen der DDR-Geschichte zwanzig Jahre nach der Zäsur von 1989/90 in das geschichtspolitische Selbstverständnis der Bundesrepublik Eingang gefunden haben. Die Quellenauswahl der Arbeit folgt der für den DDR-Disput typischen Akteursvielfalt. Offizielle Dokumente und Verlautbarungen von Regierung und Parlament, die Archive der parteinahen Stiftungen sowie Presseauschnittsammlungen werden ebenso Beachtung finden wie die Positionen alternativer erinnerungspolitischer Institutionen. Der Geschichtsdiskurs ehemaliger DDR-Oppositioneller ist damit zum Teil schon eingefangen. Eine unerlässliche Quelle stellen Interviews mit Personen in erinnerungspolitischen Funktionen dar.

Kurzbiographie

Sebastian Richter, 1976 in Berlin geboren, studierte Neuere/ Neueste Geschichte, Politik- und Rechtswissenschaft in Berlin, Brüssel und Dresden. Bis 2008 war er Mitarbeiter am Lehrstuhl Zeitgeschichte der TU Dresden. Seiner Magisterarbeit wurde der Absolventenpreis der Philosophischen Fakultät der TU Dresden verliehen. Sie ist 2007 unter dem Titel „Norm und Eigensinn. Die Selbstlegitimation politischen Protests in der DDR 1985-1989“ veröffentlicht worden.

Vorläufige Gliederung

- I. Einleitung
- II. Geschichte – Erinnerung – Identität
- III. Politik als Forum der DDR-Geschichte
- IV. Geschichtspolitische Gesetzgebung
- V. Geschichtspolitik und Zeitgeschichtswissenschaft
- VI. Fazit und Ausblick
- VII. Quellen- und Literatur

Integrationsprozesse infolge der deutschen Vereinigung: Die Soldaten der NVA und die ‚Armee der Einheit‘

von Dr. Nina Leonhard

Den Hintergrund für das vorliegende Forschungsvorhaben bilden die institutionellen Rahmenbedingungen der deutschen Vereinigung. Die Entscheidung für einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes und gegen eine Konföderation (und die damit verbundene Ausarbeitung einer neuen Verfassung) nach Artikel 146 bedeutete einen vollständigen Institutionentransfer von West nach Ost. Die damit verbundene Komplexitäts- und Problemreduktion ermöglichte den schnellen Vollzug der Einheit. Dabei wurde in Kauf genommen, dass vereinigungsbedingte Probleme aus dem politischen Entscheidungsbereich in andere gesellschaftliche Sphären ausgelagert wurden.

Durch die institutionelle Ausweitung der Bundesrepublik auf das Territorium der DDR wurden die Ostdeutschen von einem Tag auf den anderen mit einem erheblichen Anpassungsdruck konfrontiert. Ihr Verhältnis zu den transformierten institutionellen Settings kann dabei mit der Denkfigur des ‚Fremden‘ beschrieben werden: Nach Alfred Schütz zeichnet sich der Fremde durch Unkenntnis der „Kultur- und Zivilisationsmuster“ aus, die von den Mitgliedern der Gruppe, der er sich nähert, als selbstverständlich akzeptiert werden. Die Überwindung von Fremdheit und die Integration in die neue Gruppe erfolgt durch eine aktive Aneignung der fremden Wissensbestände. Mit einigen Einschränkungen lässt sich diese von Schütz beschriebene Position des Fremden als Heuristik zur Bestimmung der Situation der Ostdeutschen nach der Vereinigung verwenden. Denn das Wissen, das zu Zeiten der DDR Bestand hatte, verlor mit der ‚Wende‘ 1989/90 in Teilen – insbesondere mit Blick auf die Funktionsweise von Politik, Wirtschaft und Verwaltung – seine Gültigkeit. Um innerhalb der neuen Ordnung des vereinten Deutschlands Fuß zu fassen, waren die Bürger der DDR in vielerlei Hinsicht gezwungen, sich neu zu positionieren und sich mit für sie unbekanntem Regeln und Normen auseinanderzusetzen bzw. sich diese zumindest teilweise anzueignen. Nimmt man die Vereinigung aus dieser Perspektive in den Blick, bedeutet dies, Prozessen der Integration, verstanden als soziokulturelle Auseinandersetzung mit der bundesrepublikanischen Ordnung, nachzuspüren und Konstruktionen von Fremdheit bzw. Vertrautheit herauszuarbeiten. Das vorliegende Forschungsvorhaben untersucht die Bedingungen solcher Integrationsprozesse. Grundlage hierfür sind berufsbiographische Interviews mit 33 Offizieren der Nationalen Volksarmee der DDR, die nach deren Auflösung am 2. Oktober 1990 teils von der Bundeswehr dauerhaft übernommen wurden, teils – freiwillig oder unfreiwillig – aus dem Militärdienst ausgeschieden sind. Das besondere Augenmerk liegt auf den in den Interviews zum Ausdruck kommenden Identitätskonstruktionen. Im Zentrum steht erstens die Frage, welche Rolle der Bezug zur DDR-Vergangenheit im Vergleich zu anderen Aspekten (wie z.B. der gegenwärtigen sozioökonomischen Lage) für die gesellschaftspolitische Selbstpositionierung der Angehörigen der untersuchten Berufsgruppe hat. Zweitens wird untersucht, welche Bedeutung hierbei den vergangenheits- und geschichtspolitischen Rahmenbedingungen zu-

kommt, die den Vereinigungsprozess strukturiert haben. Damit ist vor allem die Strategie des Bundesministeriums der Verteidigung gemeint, strikt zwischen der Nationalen Volksarmee als Institution der DDR und den Soldaten als Individuen zu trennen, um eine klare Distanz zur ostdeutschen Militärgeschichte herzustellen und der Bundeswehr gleichzeitig zu einem glaubwürdigen gesamtdeutschen Image als ‚Armee der Einheit‘ zu verhelfen. Das Forschungsprojekt zielt letztlich darauf ab, ein Modell zu entwickeln, das den Einfluss soziokultureller Faktoren auf den Verlauf der ostdeutschen Transformation seit 1989/90 auf individueller Ebene abbildet und bezogen auf die hier untersuchte Berufsgruppe Erfolge bzw. Misserfolge von Integration erklärt.

Wichtige Anhaltspunkte zur Bestimmung solcher Integrationsprozesse ergeben sich aus der Art und Weise, wie auf individueller und gesellschaftlicher Ebene die Zeit vor der Vereinigung erinnert, d.h. thematisiert und ‚verarbeitet‘ wird. Individuen wie Kollektive definieren sich maßgeblich über ihre vergangenen Erfahrungen und schreiben auf dieser Grundlage ihrem aktuellen und zukünftigen Handeln Sinn zu. Der Bezug zur Vergangenheit spielt in Zeiten einschneidender gesellschaftlicher Veränderungen wie etwa im Zuge des Zusammenbruchs der DDR und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten eine wesentliche Rolle. In solchen Momenten sind der Einzelne wie die Gesellschaft als Ganzes stärker als sonst herausgefordert, bisherige Grundannahmen zu überprüfen, zu revidieren oder zu bekräftigen. Auf gesellschaftlicher Ebene wurde durch den Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten, der im Modus des Anschlusses vollzogen wurde, die bundesrepublikanische Ordnung bestätigt, die Ordnung der DDR dagegen entwertet und weitestgehend aufgelöst. Solch einschneidende Veränderungen zu legitimieren, stellt die Politik vor besondere Herausforderungen. Um diesen zu begegnen, sind vergangenheitspolitische Maßnahmen (u.a. Bestrafung, Disqualifizierung, Wiedergutmachung) und geschichtspolitische Diskurse (z.B. über die ‚innere Einheit‘ der Ost- und Westdeutschen oder über die Bundeswehr als ‚Armee der Einheit‘) ein wichtiges Medium. Sie organisieren den gesellschaftlichen Umgang mit der Vergangenheit, indem sie diese mit Blick auf die Gegenwart und Zukunft symbolisch verorten. Diese Verortung bildet den Kontext, innerhalb dessen der Einzelne seine Erfahrungen bewertet. Aus den Arbeiten von Maurice Halbwachs wissen wir, dass die Art, wie die Vergangenheit individuell gedeutet wird, wesentlich von den sozialen Rahmenbedingungen der Gegenwart beeinflusst wird. Gleichfalls sind, wie andere erinnerungstheoretische Arbeiten, aber auch die Analysen zur Situation des Fremden von Schütz und anderen zeigen, einmal erlernte Wissensbestände und frühere Erfahrungen nicht von heute auf morgen abzulegen bzw. zu ‚vergessen‘. In Situationen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels tritt daher in der Deutung der Vergangenheit – in den Erinnerungen – die Auseinandersetzung zwischen ‚alten‘ und ‚neuen‘ Wert- und Handlungsmustern besonders deutlich zutage. Nimmt man den Einzelnen mit seiner Biographie als Ausgangspunkt, lassen sich somit Überschneidungen und Diskrepanzen zwischen individuellen und gesellschaftlichen Wissensbeständen, zwischen alter und neuer Ordnung untersuchen. Inwiefern es gelingt, individuelles und gesellschaftliches Wissen über die Vergangenheit und die Gegenwart in ein spannungsfreies Verhältnis

zu bringen, ohne sich als ‚fremd‘ zu definieren, kann dabei als Indikator für einen erfolgreichen oder weniger erfolgreichen Integrationsverlauf dienen.

Die Chancen wie Probleme einer solchen ‚Bearbeitung‘ von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, wie sie sich mit der Vereinigung 1989/90 stellte, lassen sich am Beispiel des Offizierkorps der Nationalen Volksarmee besonders gut untersuchen. Die Berufssoldaten der NVA, insbesondere die Offiziere, waren zu Zeiten der DDR Teil der „sozialistischen Dienstklasse“ (H. Solga), die qua Amt in besonderer Weise mit der Gesellschaftsordnung der DDR und der dort herrschenden Staatspartei verbunden waren, wie unter anderem die hohen SED-Mitgliederzahlen zeigen: Seit den 1960er Jahren besaßen zwischen 95 und 99 Prozent der Offiziere ein Parteibuch. Im Kontext der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz ging die Loyalität gegenüber der Partei und dem sozialistischen Gesellschaftsmodell mit einer dezidierten Ablehnung der Bundesrepublik und ihrer Institutionen einher. Nach der Vereinigung gehörten die NVA-Offiziere aufgrund ihrer Nähe zum System der DDR zu jenem Kreis von Personen, der in spezifischer Weise von vergangenheitspolitischen Maßnahmen betroffen war und bestimmte „Degradierungsrituale“ (M. Gravier) – Durchleuchten des persönlichen Werdegangs, Aberkennung von Bildungs- bzw. Qualifikationsabschlüssen, Kürzung von Renten- und Versorgungsansprüchen, etc. – durchlaufen musste, um ihren beruflichen Werdegang fortsetzen zu können. Für die Berufssoldaten der NVA war die deutsche Vereinigung dabei entweder mit einem Berufs- und in diesem Sinne Lebensweltwechsel (in Form einer Rückkehr ins Zivilleben) oder durch den Austausch der Uniform mit einem politischen Seitenwechsel (der vormalige militärische Hauptgegner wurde zum ‚Dienstherren‘, die früheren ‚Feinde‘ zu ‚Kameraden‘) verbunden und bedeutete in jedem Fall eine Zäsur hinsichtlich des bis dahin Bekannten. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass eine Integration in das bundesrepublikanische Gesellschaftssystem für die Berufsoffiziere der Nationalen Volksarmee besonders anspruchsvoll war. Daher lassen sich durch den systematischen Vergleich unterschiedlicher Werdegänge nach 1989/90 wichtige Erkenntnisse über individuelle wie gesellschaftliche Möglichkeiten und Grenzen von Integration gewinnen. Vor allem aus geglückten Integrationsverläufen sind Aufschlüsse über Integrationspotenziale zu erwarten, die über die betrachtete Berufsgruppe hinaus von Relevanz sind und Rückschlüsse auf die durch die Vereinigung angestoßenen Transformationsprozesse in Ostdeutschland insgesamt erlauben.

Das Forschungsprojekt befindet sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt in der Phase der Analyse der Interviews, die nach dem Ansatz des problemzentrierten Interviews (A. Witzel) durchgeführt und ausgewertet werden. Folgende Erkenntnisse zeichnen sich bislang ab:

So verschieden die Erfahrungen der befragten NVA-Offiziere seit 1990 waren, so unterschiedlich fällt auch der bilanzierende Rückblick des eigenen Werdegangs aus. Die in den Interviews zu Tage tretende Grundhaltung hängt erstens davon ab, ob sich die Befragten im Großen und Ganzen als ‚Gewinner‘ oder als ‚Verlierer‘ der Vereinigung verstehen. Mit Blick auf gesellschaftliche Integrationskonzepte, die vor allem auf die Bedeutung struktureller Faktoren (berufliche Position, sozioökonomischer Status) abheben (z.B. H. Esser), zeigt sich

hier die Relevanz subjektiver Bewertungsmaßstäbe – ein Phänomen, das im Bereich der politischen Kultur- und Einstellungsforschung als Diskrepanz zwischen ‚objektiver‘ und ‚subjektiver‘ Wohlfahrt, also zwischen Sein und Bewusstsein, bereits seit längerem diskutiert wird. Konkret bedeutet dies, dass die eigene Verortung innerhalb der Gesellschaft des vereinten Deutschlands nur bedingt von der realen sozioökonomischen Situation nach 1990 an sich abhängt – zumal die überwiegende Mehrheit der hier betrachteten ehemaligen NVA-Offiziere selbst einräumt, heute in materieller Hinsicht besser dazustehen als zu Zeiten der DDR. Auch die Frage, ob die Möglichkeit, eine militärische Laufbahn in der Bundeswehr fortzusetzen, genutzt werden konnte oder nicht, ist für das Ergebnis des individuellen Integrationsverlaufs eher zweitrangig.

Demgegenüber ist entscheidend – und das ist der zweite Punkt –, ob das Ende der DDR eher als Zusammenbruch einer beruflichen Karriere, einer politischen Weltanschauung und/oder einer Form der Vergemeinschaftung (Militär als ‚Lebenswelt‘) erfahren wurde und ob der ‚Übertritt‘ in die Bundesrepublik vorwiegend als beruflicher Neuanfang, als weltanschauliche Umorientierung und/oder als lebensweltliche Repositionierung erfolgte. Je nach Art der individuellen Präferenzen und Prioritäten, aber auch der in der Vergangenheit geleisteten beruflichen „Investitionen“ (E. Hoerning) entwickelte sich der Berufsverlauf der ostdeutschen Offiziere nach 1990 als Auf- oder Abstieg. Die Interviews zeigen dabei eindrücklich auf, dass und warum Leistungs- und Karriereorientierungen insgesamt leichter von einem Gesellschaftssystem ins andere transferiert werden konnten, und zwar inner- wie außerhalb der Welt des Militärs, als etwa (sozialistische) Gemeinschaftsideale.

Eine wichtige Rolle für die biographische Selbstverortung der Offiziere spielt schließlich die Auseinandersetzung mit der fast durchgängig als diskreditiert wahrgenommenen DDR-Vergangenheit. Der Einfluss öffentlicher Diskurse über die DDR ist in den Interviewtexten deutlich erkennbar. Die sich daraus ergebende Herausforderung, die eigenen, ‚authentischen‘ Erinnerungen an die DDR mit dem nachträglichen Wissen über Charakter und Funktionsweisen der SED-Herrschaft abzugleichen, wird von einem Teil der Befragten durch die ausschließliche Berufung auf das Alte und Bekannte vermieden, von einem anderen Teil dadurch erfüllt, dass die eigenen Erfahrungen unter ‚westlichen‘ Vorzeichen rekonstruiert und gedeutet werden. Bei einer dritten Gruppe werden Diskrepanzen zwischen ‚altem‘ und ‚neuem‘ Wissen im Rahmen der biographischen Selbstthematization gar nicht aufgelöst, sondern bleiben im Interview unkommentiert nebeneinander stehen. Auch wenn sich die wenigsten Offiziere heute als ‚fremd‘ bezeichnen würden und sich viele auf überzeugende Weise darauf berufen können, es auch im vereinten Deutschland ‚geschafft‘ zu haben, offenbart dies die Schwierigkeit, von vormals unhinterfragten Selbstverständlichkeiten und Überzeugungen Abschied zu nehmen bzw. ein neues Verhältnis dazu zu gewinnen.

Die Interviews belegen darüber hinaus anhand einer Vielzahl von Geschichten und nebenbei getätigten Äußerungen nicht nur die starke politische Durchdringung des militärischen Alltags in der DDR, sondern auch die politische ‚Obdachlosigkeit‘ vieler ehemaliger Offiziere im vereinten Deutschland. Dies verweist auf das Ausmaß der politischen Desillusionierung angesichts des gescheiterten realsozialistischen Projekts, spiegelt jedoch nicht zuletzt die Funkti-

onsbedingungen einer komplexen, demokratisch verfassten modernen Gesellschaft wie der Bundesrepublik wider, die vom Einzelnen kein tagtägliches Bekenntnis zum übergeordneten Ganzen verlangt, aber aufgrund ihrer starken sozialen und funktionalen Differenzierung im Vergleich zur DDR häufig als ‚kalt‘ und ‚unsolidarisch‘ erlebt wird. Insofern ist es kein Zufall, dass die hier befragten ehemaligen Offiziere der NVA, die in ihrer Mehrheit die DDR nicht wiederhaben wollen, in die in Ostdeutschland auch sonst vielerorts verbreitete Klage über den Verlust an Zwischenmenschlichkeit und sozialer Gerechtigkeit einstimmen. Unabhängig davon, wie man dies unter politischen oder normativen Gesichtspunkten beurteilen will, zeigt sich hier eine Eigenschaft des ‚Fremden‘, die ihn auch noch zwei Jahrzehnte nach seiner ‚Ankunft‘ in der neuen Gesellschaft gegenüber den ‚Einheimischen‘ auszeichnet: die Fähigkeit oder mitunter auch der Zwang, zwischen dem früheren und dem heutigen Leben zu vergleichen, bzw. die Unfähigkeit, das gegenwärtig Gegebene als selbstverständliche Normalität zu begreifen.

Kurzbiographie

Nina Leonhard, 1972 in Berlin geboren, studierte von 1992 bis 1996 Politikwissenschaft an der FU Berlin und am Institut d'Etudes Politiques de Paris. 2001 promovierte sie mit einer Arbeit über den Wandel der Erinnerung an die NS-Zeit in ost- und westdeutschen Familien. Danach arbeitete sie als Wissenschaftlerin am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in Strausberg (bei Berlin) und war als Lehrbeauftragte in Berlin, Potsdam und Frankfurt/O tätig.

Gliederung

Einleitung

I. Zwischen Einheit und Differenz: Integrationsprozesse nach 1989/90

1. Die deutsche Vereinigung als Integration von Fremden: Untersuchungsgegenstand und Fragestellung

2. Zur Integration von Fremden

2.1 Konstitutionsbedingungen für Fremdheit

2.1.1 Die ‚klassische‘ Soziologie des Fremden (Simmel, Park, Schütz)

2.1.2 Zur Konstruktion von Fremden und Fremdheit in modernen Gesellschaften

2.2 Ostdeutsche Fremdheitserfahrungen im Kontext der Vereinigung

2.1.1 Asymmetrien der deutschen Einheit

2.1.2 Konkurrenzen und Divergenzen der Gesellschaftssysteme in DDR und Bundesrepublik

2.3 Dimensionen und Mechanismen von Integration

2.3.1 Integration über Teilhabe an sozialen Funktions- und Leistungssystemen

2.3.2 Integration über Teilhabe an sozialen Sinnwelten

2.3.3 Zur integrativen Funktion politischer und sozialer Erinnerungspraktiken

2.4 Zum Umgang mit Fremdheit nach 1989/90: ein Modell sozialer Integration

2.5 Zusammenfassung

3. Empirischer Zugang zu Integrationsprozessen

3.1 Zur Untersuchung von Integrations- und Desintegrationsphänomenen anhand biographischer Selbstthematizierungen

3.2 Anlage und Durchführung der Interviews mit ehemaligen Berufssoldaten der DDR

II. Integration ‚militärisch‘: Der institutionelle Umgang mit dem militärischen Erbe der DDR

4. Das Ende der NVA

4.1 Funktion und Stellung der NVA im Staats- und Gesellschaftssystem der DDR

4.2 Zur Rolle der NVA im Herbst 1989

4.3 Von der Militärreform über das Zwei-Armeen-Modell zur Auflösung der NVA am 3. Oktober 1990

5. Vergangenheits- und Geschichtspolitik nach 1989/90 im Bereich des Militärs

5.1 Zur Reintegration von Soldaten nach einer ‚Niederlage‘: 1989/90 im Vergleich zu 1945/55

5.2 Integration durch Degradierung? Selektion, Überprüfung und Übernahme vs. zivile Reintegration

5.3 ‚Armee der Einheit‘ oder Die symbolische Deutung der ‚militärischen Vereinigung‘

5.4 Sieger der Geschichte? Diskurse um die Jahrestage der deutschen Vereinigung und das 50jährige Jubiläum der Bundeswehr im Vergleich

5.5 Zusammenfassung

III. Integration ‚von unten‘: Wege ehemaliger NVA-Offiziere aus der DDR in die Bundesrepublik

6. Berufsverläufe ehemaliger Berufssoldaten der DDR nach 1989/90: ein Überblick

7. Biografische Lebenskonstruktionen: Elemente, Charakteristika, Variationen

7.1 Begegnungen mit dem Fremden

7.1.1 Erfahrungen von Unvertrautheit und Nichtzugehörigkeit nach 1990

7.1.2 Überwindung von Fremdheit: Möglichkeiten und Grenzen des Ressourcentransfers über Systemgrenzen hinweg

7.2 Rekonstruktionen der Vergangenheit

7.2.1 Das war die NVA: Von Zwängen und Privilegien, von den Russen und der sozialistischen Gemeinschaft

7.2.2 Zusammenbruch oder Revolution? Interpretationen der ‚Wende‘ 1989/90

7.2.3 Individuelle und kollektive Wege der Vergangenheitsaufarbeitung

7.3 Gewinner oder Verlierer? Vereinigungsbilanzen

7.3.1 Freiheit vs. soziale Gleichheit und Sicherheit

7.3.2 Zwischen Politikverdrossenheit und bürgerschaftlichem Engagement

7.3.3 Von einem, zwei oder drei Leben – das persönliche Fazit

7.4 Zusammenfassung

